

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 176 SONNTAG, 25. Oktober 1936

Aus dem Inhalt:

Schacht — lustlos

Belgien — kein Meisterstück

Das Hakenkreuz in Madrid

Lohn- und Preisalarm

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Wird Danzig preisgegeben?

Freie Hand für Hitler im Osten — Neue Katastrophe des Völkerbundes?

Die Auflösung der Danziger Sozialdemokratischen Partei durch die Polizeiorgane des nationalsozialistischen Senats bedeutet den entscheidenden Schlag des Hitler-Faschismus gegen die vom Völkerbund garantierte Verfassung der Freien Stadt Danzig, sie ist zugleich der entscheidende Schlag, den der Nationalsozialismus gegen die letzten Kräfte führt, die trotz allen Schwierigkeiten in der Lage waren, auf einem ehemals reichsdeutschen Gebiet den Kampf gegen die Entrechtung des deutschen Volkes legal zu führen. Das Verbot der Danziger Sozialdemokratie ist als Faktum der internationalen Politik, ebenso wie im Rahmen des Schicksals der deutschen Nation von gleich großer Bedeutung. Sollte der Nationalsozialismus mit den Mitteln des Rechtsbruches auch in Danzig endgültig den Sieg davontragen, — und das muß nach Lage der Dinge befürchtet werden — so heißt das nicht nur, daß der Völkerbund die den 400.000 Danzigern feierlich verbürgten Rechte preisgibt und die Mehrheit der Bevölkerung der Freien Stadt dem braunen Terror überantwortet, sondern auch, daß die Welt abermals der Zerreißen internationaler Verträge durch das Dritte Reich tatenlos zusieht, und vor einer einseitig herbeigeführten Aenderung der Machtverhältnisse in Osteuropa widerstandslos zurückweicht.

Das Verbot der Sozialdemokratie

Das Verbot der Danziger Sozialdemokratie geht in seiner Wirkung für Danzig weit über die Lahmlegung einer einzigen Oppositionspartei hinaus, es dürfte in seinem Ergebnis auch das Ende der übrigen nichtnationalsozialistischen Gruppen und Organisationen in sich schließen. Obwohl der Wortlaut der Polizeiverfügung nur von einer Auflösung der Sozialdemokratie und ihrer Nebenorganisationen spricht, hat die Polizei auch alle anderen, von der Partei unabhängig und selbständig verwalteten Arbeiterorganisationen aufgelöst: die Arbeitersportler, die Arbeitersänger und alle übrigen Arbeiterkulturorganisationen, ja selbst die Freie Volksbühne. Die freien Gewerkschaften, der Allgemeine Arbeiterverband, sind schon im November vorigen Jahres mit der Begründung polizeilich aufgelöst worden, daß sie sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch betätigt hätten! Bemerkenswert ist dabei, daß man auch nicht vor dem Verbot des Danziger Arbeiter-Turn- und Sportverbandes halt gemacht hat, obwohl es sich bei ihm um eine Bezirksorganisation des Polnischen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes handelt. Darüber hinaus aber muß die Unterdrückung des ganzen sozialistischen Sektors der verfassungstreuen Opposition auf die mit ihm Schulter an Schulter kämpfenden Organisationen des Zentrums und der Deutschnationalen eine lähmende Wirkung haben. Durch sie wird die Opposition nicht nur ihrer stärksten, aktivsten und leistungsfähigsten Gruppe, sondern auch ihrer weitestgehend gefestigten Stütze und ihrer politischen Führung beraubt. Diese Tatsache ist im Bewußtsein der Danziger Bevölkerung tief verwurzelt, die Vernichtung der sozialistischen Organisationen wird deshalb von ihr symptomatisch für das Schicksal des Kampfes aller Nichtnationalsozialisten gewertet, ganz abgesehen davon, daß selbstverständlich in Kürze

auch die polizeiliche Auflösung der beiden anderen Parteien zu erwarten ist.

Die Bedrohung der bürgerlichen Parteien

Man darf nicht glauben, daß die Nazi-Polizei keinen Vorwand für eine solche Maßnahme gegen die beiden bürgerlichen Gruppen finden wird: Vielleicht wird man beim Zentrum Sowjet-Rubel »finden« und bei den Deutschnationalen irgend einen von ihnen zugunsten Polens begangenen Landesverrat »aufdecken«. Die Vorwände können gar nicht abenteuerlich genug gewählt werden. Ausgerechnet im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei, in den Geschäftsräumen der »Danziger Volksstimme« und in den Wohnungen von Mitgliedern des Landesvorstandes der Partei, darunter bei dem Parteivorsitzenden (!), fand man Revolver, Sprengstoff, Eierhandgranaten, Maschinenpistolen; also an Stellen, an denen — hätten die Sozialdemokraten überhaupt Waffen besessen — nur ausgemachte Dummköpfe sie aufbewahrt hätten; dazu in Räumlichkeiten, in denen noch in den allerletzten Tagen vor den angeblichen Waffenfunden eingehende polizeiliche Durchsuchungen ergebnislos vorgenommen worden waren. Nicht weniger unglaubwürdig sind die Waffenfunde, die man bei einer Reihe von Arbeitersportlern gemacht hat, um zu begründen, daß eine ihrer Unterorganisationen, die sogenannte SSS (Sozialistische Sport-Staffel), die ihre Tätigkeit seit 2½ Jahren unter

den Augen der Polizei durchgeführt hat, und deren Schwesterorganisationen in ganz Polen in der gleichen Weise arbeiten, eine Fortsetzung des 1931 polizeilich aufgelösten Arbeiterschutzbundes darstelle.

Die Entstehung der Nazi-Diktatur

Die Jahreszahl 1931, die auch in der polizeilichen Auflösungsverfügung gegen die Partei genannt wird, weist übrigens auf die lange Leidensgeschichte der Danziger Sozialdemokratie, aber auch auf ihren unbeugsamen Kampfeswillen und ihre zähe Widerstandskraft hin, ohne die der schwere opfervolle Kampf, den sie sechs Jahre lang gegen eine sich ständig steigende Unterdrückung geführt hat, undenkbar gewesen wäre. Nicht erst seit 1933 sind die Nationalsozialisten an der Macht, schon seit dem Ausgang des Jahres 1930 haben sie die Danziger Regierungspolitik maßgebend beeinflusst.

Die behördlichen Zwangsmaßnahmen und der braune Terror steigerten sich natürlich um das Vielfache seit der nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahre 1933. Unter dem Eindruck der entsetzlichen Ereignisse im Reich gingen im Mai die Neuwahlen vor sich, die den Nationalsozialisten allerdings nur eine schwache Mehrheit von 3 Prozent brachten. Damals kapitulierten in Danzig jedoch die bürgerlichen Parteien zum zweiten Male vor ihnen, das Zentrum versuchte für kurze

Zeit, mit den Nazis Koalitionspolitik zu treiben, die Deutschnationalen stimmten ihrem Regierungsprogramm zu, die Gleichschaltungsaktionen erfaßten mit denselben Mitteln und in fast gleichem Umfange wie im Reich alle Bezirke des staatsbürgerlichen und privaten Lebens. Die freien Gewerkschaften wurden durch Gerichtsurteil den Nazis überantwortet, die Beamten, Angestellten und Arbeiter in Zwangsorganisationen gepreßt, der Hitlergruß in allen Aemtern offiziell eingeführt. Die Verfassung wurde völlig durchlöchert, das Parlament außer Funktion gesetzt, die Pressefreiheit so gut wie aufgehoben. Nur die sozialistische Arbeiterschaft wagte es, dem Ansturm des Nationalsozialismus Widerstand entgegenzusetzen. Sie hielt die Sozialdemokratische Partei kampffähig, sie gründete neue freie Gewerkschaften, sie organisierte den Kampf für die Verteidigung der demokratischen Verfassung, jenen Kampf, der zu einer einzigartigen und mächtigen Volksbewegung in Danzig werden sollte.

Die Volkstagswahl vom 7. April 1935

Als auf Betreiben der Nationalsozialisten am 7. April 1935 eine neue Volkstagswahl durchgeführt wurde, von deren Ergebnis sich die Herren Forster und Greiser, der Gauleiter und der Senatspräsident, eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit versprochen, gelang es ihnen trotz Anwendung unerträglichsten morali-

Gestapo-Terror in Hannover

Massenverhaftungen von Sozialdemokraten — Zwei Todesopfer

Seit Ende Juni dieses Jahres stehen die Provinz und die Stadt Hannover unter stärkstem Gestapopoterror. Bis jetzt wurden mehrere hundert Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre und Reichsbannerführer verhaftet, die bis zu Hitlers Machtantritt leitende Stellen in der sozialistischen Arbeiterbewegung bekleideten. Unter den Verhafteten befinden sich der frühere Bezirkssekretär der SPD, Genosse Johannes Lau, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, Genosse Josef Schaffner, der frühere Vorsteher der Bürgerschaft Hannover, Genosse Wilhelm Weber, der frühere Oberbürgermeister von Hannover, Genosse Robert Leinert, der Bezirkssekretär des ADGB, Genosse Otto Brennecke, die früheren Sekretäre des Reichsbanners, Genossen Jahn und Sander. Verhaftet wurden ferner alle früheren Kameradschafts- und Schufuführer des Reichsbanners, zahlreiche Funktionäre der Gewerkschaften und viele Abteilungsleiter der SPD Hannover.

Die ganze Verhaftungsaktion wird von Berliner Gestapobeamtinnen geleitet, die schon seit einem halben Jahr in Hannover stationiert sind und den Auftrag hatten, eine Geheimorganisation der Sozialdemokratie und des Reichsbanners aufzudecken. Nachdem diese Aufgabe trotz des Einsetzens zahlreicher Spitzel nicht gelöst werden konnte, schritt die Gestapo zu den oben geschilderten Massenverhaftungen früherer leitender Funktionäre der Arbeiterorganisationen.

Die meisten der Verhafteten waren nach ihrer Einlieferung bei der Gestapo den grausamsten Mißhandlungen

ausgesetzt. Es wurden alle erprobten »Vernehmungsmethoden« angewandt, um die von der Gestapo gewünschten Geständnisse zu erpressen. Bis jetzt war dieses unmenschliche Verfahren zwecklos; die Gestapo hat ihr Ziel, die Aufdeckung der angeblichen illegalen sozialdemokratischen Opposition in Hannover nicht erreicht. Dagegen haben zwei der verhafteten Genossen die Gewaltmethoden der Gestapo mit ihrem Leben büßen müssen.

Die Frau des Genossen Otto Brennecke erhielt dieser Tage die amtliche Mitteilung, ihr Mann sei im Gefängnis einem Herzschlag erlegen. In Wahrheit ist Otto Brennecke ermordet worden. Im Alter von 53 Jahren hat der Genosse Brennecke ein Leben selbstloser gewerkschaftlicher und politischer Arbeit in den Folterkammern der Gestapo beenden müssen. Das gleiche grausame Schicksal ereilte den Genossen Hahn, einen aktiven und tapferen Funktionär der Partei und des Reichsbanners. Schon seit Wochen wußten seine Angehörigen von den fürchterlichen Mißhandlungen, denen der Genosse Hahn ausgesetzt war, und jetzt folgte diesen qualvollen Wochen die Hiobsbotschaft, der Genosse Hahn habe im Gefängnis seinem Leben durch Erhängen ein Ende gesetzt.

Wieder ist die endlose Liste des Freiheitskampfes des deutschen Volkes um zwei Namen vermehrt worden; Namen von Männern, die kein anderes Ziel hatten, als dem Wohl ihrer arbeitenden Volksgenossen, der Freiheit ihres Volkes zu dienen. Mögen ihre Mörder heute noch Genugtu-

ung darüber empfinden, daß sie wieder zwei »marxistische Untermenschen« gewaltsam aus der Liste der Lebenden gestrichen haben; für uns leben die Toten weiter, und ihr grausames Ende wird ihren braunen Kerkermeistern nicht vergessen werden.

Das Heer befiehlt dem Staat

Göring als Wirtschaftsdiaktor

Hitler hat Göring zum Inhaber der absoluten Macht über das gesamte deutsche Wirtschaftsleben erklärt. In dieser Ernennung liegt keine neue Machtverschiebung, sondern nur eine formale Regelung, die die tatsächliche Machtlage unterstreicht. Sie ist der Ausdruck des Entschlusses, den Primat der Wehrwirtschaft aufrechtzuerhalten, und die Rüstung zum Angriffskrieg weiterzutreiben. Seine Ernennung ist ein Zeichen für die rasche und gefährliche Zuspitzung der politischen Spannung in Europa.

In Deutschland befiehlt das Heer dem Staat — und der Wirtschaft. Von dem Worte Hitlers: die Partei befiehlt dem Staat, wird höchstens noch in der inneren Parteipropaganda der Nationalsozialisten gesprochen.

Das Heer — das heißt die Generale und Politiker, die die Verkörperung des Willens zum Kriege, zur Machtpolitik, zur Vorherrschaft Deutschlands über ganz Europa darstellen. Die Vorbereitung zum Angriff wird fortgesetzt. Während die europäischen Staaten ihre Währung ordnen und ihre handelspolitischen Beziehungen wieder von den Fesseln des Nationalismus zu befreien suchen, setzt Deutschland alles auf die Karte der Gewalt.

Belgien - kein Meisterstück!

Neutralität mit Militärabkommen

Am 27. Oktober wird die belgische Kammer die Beratung der neuen Rüstungsvorlage beginnen, die die Dienstzeit der Infanterie auf anderthalb Jahre verlängert. Am 14. Oktober hat König Leopold III in einer Ministerratsitzung für die Notwendigkeit dieser militärischen Vorkehrungen zwei Gründe ins Feld geführt: die deutsche Wiederaufrüstung und die vertragswidrige Besetzung der Rheinzone, wodurch die Basis für einen deutschen Angriff unmittelbar bis an die belgische Grenze herangetragen werde. Der König versicherte sodann, daß die belgische Armee keine andere Aufgabe haben solle als die, den Krieg von Belgien fernzuhalten. Diesem Ziele müsse auch die Außenpolitik entsprechen, die darum keine Bündnispolitik sein dürfe, sondern eine ähnliche sein müsse wie die Hollands und der Schweiz jetzt — oder die Belgiens vor dem Kriege.

Diese Königsrede, die auf Beschluß des Ministerrats veröffentlicht wurde, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Belgien figuriert im Friedensvertrag von Versailles als einer der Alliierten. Es hat sein Bündnis mit Frankreich im Jahre 1920 durch ein geheimes Militärabkommen bestätigt. Es hat den Locarnovertrag mit unterzeichnet, der es verpflichtet, bei einer kriegerischen Aktion an der deutsch-französischen Grenze dem angegriffenen Teil beizustehen. Nachdem Hitler den Locarnovertrag gebrochen und die Rheinzone besetzt hatte, wurde ein neues Generalstababkommen abgeschlossen, an dem Belgien beteiligt ist. Schließlich ist Belgien auch

Mitglied des Völkerbundes; es kann im Fall militärischer Sanktionen den zu ihrer Ausführung bestimmten Truppen den Eintritt in sein Gebiet nicht verwehren.

Belgien kann also nicht neutral sein, ohne alle seine internationalen Verpflichtungen zu verletzen, aber es versichert, daß es alle seine Verpflichtungen anerkenne — was hat dann die königliche Neutralitätsrede für einen Sinn? Man könnte an eine rednerische Entgleisung glauben, hätte die Rede nicht schon ihre Vorgeschichte. Bei der Umbildung der gegenwärtigen Regierung hat ihr Präsident, Herr van Zeeland, sowohl Vandervelde wie Wauters als Außenminister abgelehnt, weil sie ihm zu völkerbund- und franzosenfreundlich waren. Spaack, der das Amt übernahm, hat kurz nach seiner Ernennung eine Rede gehalten, in der er sich über das Prinzip der kollektiven Sicherheit höchst mißfällig aussprach. Von der Partei deshalb zur Rede gestellt, erklärte er alles für ein Mißverständnis. Die königliche Rede vom 14. Oktober, die den Weg zu neuen Mißverständnissen öffnet, entspricht also den Auffassungen des Ministerpräsidenten, eines Teils des Kabinetts und eines Teils der sozialistischen Minister.

Daß alle sozialistischen Minister mit der neuen Politik einverstanden sind, ist höchst unwahrscheinlich; die sozialistische Parteipresse Belgiens lehnt sie mit großer Entschiedenheit ab. Einem redaktionellen Artikel des »Peuple«, der diese Ablehnung eindeutig zum Ausdruck brachte, folgte ein Aufsatz de Brouckères, der bei aller Zurückhaltung in der Form an sachlicher

Schärfe nicht zu überbieten ist. De Brouckère weist nach, daß Belgien ohne Bruch seiner Vertragspflichten die neue Politik gar nicht durchführen kann, und daß diese neue Politik die Sicherheit des Landes nicht stärkt, sondern schwächt. Gibt sie doch Frankreich das Recht, Belgien im Kriegsfall preiszugeben und erst hinter der belgisch-französischen Grenze den deutschen Angriff abzuwehren!

In Frankreich wirkt sich die Königsrede als ein schwerer Schlag gegen die Volksfront aus. Man fürchtet, daß andere Staaten dem Beispiel Belgiens folgen werden und macht die Regierung Blum für das drohende Mißgeschick verantwortlich.

Kommt es einmal zum Krieg, so wird sich kein Mensch mehr um den Fetzen Papier kümmern, auf den die Königsrede gedruckt ist. Niemand kann im Zweifel darüber sein, wo Belgien dann stehen wird.

In der Kammer wird die neue Militärvorlage leichter passieren, wenn der rexistische und flämische Opposition das Argument aus der Hand gewunden ist, man müte dem belgischen Volke zu, sich für Frankreich und Sowjetrußland zu opfern. Aber die Verwirrung, die zugleich in die europäische Gesamtlage sowie in die belgischen und französischen Regierungsverhältnisse gebracht worden ist, wiegt diesen kleinen Gewinn vielfach auf. Man denke, die belgische Regierung beschließt eine Militärvorlage, die sich offenkundig und ausdrücklich gegen das Dritte Reich wendet, begründet sie aber so, daß Berlin darüber in Jubel ausbricht! Wahrlich, die Welt wird mit jedem Tage verrückter!

Außenminister Eden, nicht veranlassen, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Danzig zu tun. Die Beratung der Frage der Neuwahl wurde aufgeschoben, dem Senat wurden — zum wievielten Male erfolglos? — allgemeine Empfehlungen zur Aenderung seiner Politik aufgetragen und die Danziger Bevölkerung ihrem Schicksal, das heißt, den Drangsalierungen der Nazis, überlassen.

Die Wirkung der abessinischen Katastrophe

Der gewaltige Prestigeverlust, den der Völkerbund in der Danziger und in der Abessinien-Frage erlitten hat, haben das Hitler-Regime denn auch zu seinem letzten großen Vorstoß in Danzig direkt veranlaßt. Seit der Völkerbundstagung im Mai 1936 folgte Schlag auf Schlag. Der ungeheuren Terrorwelle, die im Juni d. J. einsetzte, den systematischen blutigen Überfällen auf nichtnationalsozialistische Versammlungen, bei denen viele Verletzte und sogar Tote registriert wurden, der Niederknüttelung Andersdenkender auf offener Straße, dem Sturm auf die Landarbeiterwohnungen in vielen Orten des Freistaates — Polizei und Justiz ließ das alles unberührt — all diesen Verfolgen folgte ein allgemeines Versammlungsverbot, selbst für Mitglieder- und Vertrauensmänner-Versammlungen, das freilich sehr bald nur gegen nichtnationalsozialistische Versammlungen angewandt wurde. Im Juli wurden dann sämtliche nichtnationalsozialistischen Zeitungen, die sozialdemokratische »Danziger Volksstimme«, die katholische »Danziger Volkszeitung«, die deutsch-nationale »Nationale Zeitung« und das jüdische »Echo« auf die Dauer von 5 bis 10 Monaten verboten. Und seit jenen Tagen ist jedes Flugblatt, jedes Mittellungsblatt nichtnationalsozialistischen Inhalts beschlagnahmt worden. Die Gründe, die für diese Maßnahmen angeführt wurden, verursachten den Behörden keine Skrupel.

Der unerhörte Ton, in dem der Danziger Senatspräsident Greiser dann in der außerordentlichen Ratsstagung im Juli seine voller Beleidigungen strotzende, gegen den Hohen Kommissar Lester, den Völkerbund und gegen die übergroße Mehrheit der Danziger Bevölkerung gerichtete Rede hielt, und die offene Ankündigung des Bruchs des Statuts der Freien Stadt Danzig führten den Mächten schließlich den ganzen Ernst der Danziger Frage vor Augen. Herr Greiser, der dem Völkerbundsrat die lange Nase zeigte, war nicht nur irgendein Rüpel, jene charakteristische Geste war die Fratze des Hitler-Faschismus, der eine neue Brandfackel in Europa zur Entzündung brachte. Die unter Bruch der Verträge durchge-

führte Aufrüstung des Dritten Reichs, die Militarisierung des Rheinlandes, der Anschlag auf Danzig, das sind nur Etappen auf dem Wege des systematischen Rechtsbruchs und eine Folge des ständigen Zurückweichens der großen Demokratien, vor allem Englands, vor dem Rechtsbrecher.

In seiner letzten Sitzung im September d. J. stand die Danziger Frage wieder auf der Tagesordnung des Rats. Ein neuer alarmierender Bericht des Hohen Kommissars lag vor. Man hat ihn öffentlich jedoch nicht behandelt; auch die Frage der Neuwahl kam nicht zur Sprache. Der Hohen Kommissar Lester wurde abberufen und zum zweiten Generalsekretär des Völkerbundes ernannt, ein Amt, das gewiß seinen großen politischen Fähigkeiten entspricht, und in dem er weiter mit der Danziger Frage beschäftigt bleibt. Aber die Nazis jubelten: der objektive Richter weilt nur noch auf Abruf in Danzig; und die Danziger Bevölkerung, die den Verlust Lesters in seiner ganzen Bedeutung wohl einzuschätzen weiß, fühlt sich den Nationalsozialisten nur um so sicherer ausgeliefert. Sie glaubt, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Empfindungen bereits erhalten zu haben...

Die Kampfansage an den Völkerbund

Unbekümmert um das erneute Bekenntnis des Völkerbundsrats zu seiner Pflicht, für die Unversehrtheit der Danziger Verfassung einzustehen, unbekümmert um die erneute einmütige Vertrauenskundgebung für den Hohen Kommissar, unbekümmert selbst der Tatsache, daß man Polen mit der Prüfung der Danziger Frage besonders betraute, einen Dreierausschuß, bestehend aus Vertretern Englands, Frankreichs und Schwedens einsetzte, der dauernd mit der Danziger Frage befaßt bleiben soll, unbekümmert auch des Ratsbeschlusses, wonach im Falle von Gefahr eine außerordentliche Ratssitzung wegen Danzig einberufen werden soll, hat der Danziger Senat sich angeschickt, durch erhöhten verfassungswidrigen Druck auf die Bevölkerung, durch Ankurbelung aller möglichen terroristischen Unternehmungen, durch Massenverhaftungen und schließlich durch das Verbot der Sozialdemokratischen Partei vollendete Tatsachen zu schaffen. Er will, wenn auch nicht formal, — dazu würde es einer Zweidrittelmehrheit im Danziger Volkstag bedürfen — so doch tatsächlich die Danziger Verfassung außer Kraft setzen. Zur Zeit befinden sich 120 Sozialdemokraten in Schutzhaft, zahlreiche andere in Strafhaft, das Vermögen der Partei und aller anderen Arbeiterorganisationen wurde beschlagnahmt, und schon beginnen die Ak-

tionen gegen das Zentrum und die Deutschnationalen. Der Nachfolger des von der Führung der Deutschnationalen Volkspartei zurückgetretenen Rechtsanwalts Weise, der frühere Senator Dr. Blavier, ist von der Polizei in Schutzhaft genommen worden, und die Versammlungen des Zentrums sind dem ungehinderten Terror der SA ausgesetzt.

Der polnischen Regierung, die wegen ihres besonderen Auftrags nun zunächst das entscheidende Wort in der Danziger Frage zu sprechen haben wird, ist der Ernst der Situation seit Jahren genau bekannt. Sie weiß, daß der innerpolitische Kampf in Danzig eine für Polen sehr wichtige außenpolitische Erscheinung darstellt, sie weiß, daß die Verfassung einen Teil des Statuts der Freien Stadt Danzig bedeutet, dessen Unversehrtheit für die Stellung Polens in Danzig — auf dessen Hafen sie bisher trotz Gdingen nicht verzichten wollte, und dessen strategische Bedeutung für Polen außer allem Zweifel stehen dürfte — lebenswichtig ist.

Schon jetzt aber hat der Senatspräsident Greiser in einer Versammlungsrede erklärt, daß der Senat auf polnische Interventionen in Danziger innerpolitischen Fragen genau so wenig reagieren werde wie auf die Interventionen des Völkerbundes.

Es ist nicht anzunehmen, daß Greiser diese Erklärung ohne Weisungen aus Berlin abgegeben hat. Wenn dem aber so ist, so kann Danzig zu einem Stein des Anstoßes im deutsch-polnischen Verhältnis werden, und die Lösung der Danziger Frage, nach welcher Richtung sie auch erfolgt, einen deutsch-polnischen Machtkampf in seinem vorläufigen Ausgang präjudizieren.

Die Taktik der Nationalsozialisten ist klar. Sie werden bereit sein, der polnischen Regierung in gewissen Fragen, die direkte polnische Interessen in Danzig betreffen — vorläufig — entgegenzukommen, wenn Polen seinerseits in die Niederlage des Völkerbundes in der Danziger Verfassungsfrage — Polen ist ein treues Mitglied des Völkerbundes — einwilligt. Minister Beck hat in seinen jüngsten Besprechungen mit Eden und Léon Blum die Danziger Frage gewiß berührt. Ob schon die Linie der polnischen Politik, die heute mit der Völkerbundspolitik in Danzig identisch sein dürfte, bestimmt ist, ist bis heute nicht zu übersehen. Sollte sie aber ein Zurückweichen bedeuten, so liegt der erneute Prestigeverlust des Völkerbundes klar zutage. Damit wären nicht nur die Rechte der Danziger Bevölkerung verloren, sondern auch eine Niederlage des Rechtsgedankens in der Welt und ein weiterer Triumph des Hitler-Faschismus auf dem Wege des Rechtsbruchs dokumentiert.

schen, physischen und behördlichen Terrors — in ganzen Teilen des Freistaates wurde offen gewählt — kaum, die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Die Sozialdemokratie und das Zentrum waren ungeschwächt aus der Wahl hervorgegangen, nur die Deutschnationalen und die ohnehin in Danzig seit langem bedeutungslose Gruppe der Kommunisten hatten geringe Verluste zu verzeichnen gehabt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß schon jener 7. April 1935 eine starke antinationalsozialistische Mehrheit erbracht hätte, wenn es möglich gewesen wäre, der wahren Meinung der Bevölkerung durch die Wahl Geltung zu verschaffen.

Seit jenem Tage, nicht zuletzt auch auf Grund der bitteren Erfahrungen, die man mit der nationalsozialistischen Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht hatte, wuchs in Danzig die Opposition gegen den Nationalsozialismus unaufhaltsam. Die Bevölkerung forderte die Ungültigkeitserklärung der unter zahllosen Rechtsbrüchen des Senats erfolgten Volkstagswahl vom 7. April 1935 und die Wiederholung der Wahl. In einem Wahlprüfungsverfahren vor dem Danziger Obergericht konnte der Gerichtshof nicht umhin, die größten erwiesenen Rechtsbrüche der Behörden und den amtlichen Terror zuzugeben, er hatte aber nicht den Mut, die Konsequenzen aus seinen eigenen Feststellungen zu ziehen und eine Wiederholung der Wahl anzuhängen. Er erklärte lediglich eine willkürlich herausgegriffene Zahl von etwa 10.000 nationalsozialistischen Stimmen für »unrechtmäßig amtlich beeinflusst« und deshalb ungültig, so daß die Nationalsozialisten nicht mehr als ein Volkstagsmandat verloren. Der Gauleiter der NSDAP in Danzig, Forster, hat jetzt in einer Versammlung Danziger Richter, die am 3. Oktober 1936 stattfand, verbürgerlichen sich gerühmt, dieses Urteil in einer Konferenz mit dem Präsidenten des Danziger Obergerichts, Dr. von Hagens, vor seiner Verkündung vereinbart zu haben.

Der Völkerbund und Danzig

Gleichschaltung, Terror, Rechtsbrüche und Wahlfälschungen, alle Formen nationalsozialistischer Unterdrückungs- und Gewaltpolitik sind in der Freien Stadt Danzig möglich gewesen, obwohl dem Völkerbund die Garantie der Danziger Verfassung obliegt. Es darf nicht verkannt werden, daß der Völkerbund im Laufe der vergangenen drei Jahre tatsächlich Versuche zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Danzig unternommen hat. Im ganzen gesehen, hat seine Tätigkeit in Danzig jedoch das gleiche Versagen zutage gefördert wie im Falle Abessinien, ja, sein Flasko in Danzig dürfte nur eine Fortsetzung seiner Niederlage im abessinischen Konflikt darstellen, wenn er sich nicht in letzter Minute — die Auflösung der Danziger Sozialdemokratie zeigt, daß die letzte Minute fast schon verstrichen ist — zu entscheidenden Schritten aufrafft. Der Völkerbund ist seit Januar 1934 wiederholt mit dem Danziger Verfassungskonflikt befaßt gewesen. Er hat zu den verschiedensten Einzelfragen, Zeitungsverboten, verfassungswidrigen Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Senats Stellung genommen, er hat diesen Senat mehrfach der Mißachtung der Verfassung schuldig gesprochen und Abhilfe gefordert. In keinem einzigen Falle aber hat er sich dem Senat gegenüber durchgesetzt, und keine einzige Verurteilung der Maßnahmen des Senats durch den Rat des Völkerbundes hat den Senat veranlaßt, seine Politik zu ändern. Wohl hat der Senat ständig seine Verfassungstreue beteuert, aber nur, um unter dieser Maske um so brutaler die Rechte der Danziger Bevölkerung zu vergewaltigen.

Auch in der Frage der Ungültigkeitserklärung der Volkstagswahl vom 7. April hat der Völkerbund versagt. Ein ganzer Katalog von Rechtsbrüchen, die Feststellungen des höchsten Danziger Gerichts über das Verhalten des Senats, das auf unwiderlegbare juristische Hinweise gestützte Verlangen der drei verfassungstreuen Parteien nach Wiederholung der Wahl und selbst die besorgniserregende, von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt als ein Fanal vermerkte Schilderung der gefährlichen Zustände in der Freien Stadt durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, den Iren Sean Lester, vom Januar 1936 konnten den Völkerbundsrat und seinen Berichterstatter für Danzig, den britischen

»Hier spricht Moskau«

Unter dieser marktschreierischen Ueberschrift bringt die »Deutsche Revolution«, das Organ des Herrn Dr. Otto Strasser, eine Notiz über die letzte Nummer der »Zeitschrift für Sozialismus«, die den Artikel von Paul Sering enthält: »Was ist der Vollsozialismus?«

Genosse Hertz, der in dieser Notiz persönlich angegriffen wird, hat den verantwortlichen Redakteur der »Deutschen Revolution« aufgefordert, folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

1. Es ist un wahr, daß die »Zeitschrift für Sozialismus« inoffiziell in den Privatbesitz des Herrn Hertz übergegangen ist. Wahr ist, daß alle Nummern der »Zeitschrift für Sozialismus« bei der Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad erschienen sind.

2. Un wahr ist, daß ich die »Zeitschrift für Sozialismus« mit Geldern von »dritter Seite« neu belebt habe. Wahr ist, daß für die »Zeitschrift für Sozialismus« keinerlei Gelder von dritter Seite zur Verfügung stehen.

3. Un wahr ist, daß diese »dritte Seite« identisch ist mit der III. Internationale. Wahr ist, daß ich niemals von der III. Internationale, noch von einer mit ihr in Verbindung stehenden Stelle Gelder für die »Zeitschrift für Sozialismus«, noch für irgend einen anderen politischen Zweck angeboten erhalten oder in Empfang genommen habe.

Die Hilfsaktion für Spanien und die SAI

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben unmittelbar nach dem Ausbruch des Aufstandes der rebellierenden Generäle zu der Lage in Spanien in gemeinsamer Konferenz Stellung genommen und die Hilfsaktion für Spanien aus den Kräften der Arbeiterbewegung organisiert. Dem ersten Aufrufe vom 28. Juli folgten wiederholte Beratungen der Präsidien der beiden Internationalen und schließlich eine große Konferenz, die in Paris am 28. September abgehalten wurde und die zu der durch die Vertragsverletzungen Portugals, Italiens und Deutschlands geschaffenen Lage in einer Resolution Stellung nahm. In dieser Konferenz, die auf Wunsch des spanischen Gewerkschaftsbundes einberufen wurde, haben der Sekretär des spanischen Gewerkschaftsbundes, Pascual Tomas, und der Vizepräsident der spanischen Sozialistischen Partei, Luis Jimenez de Asua, eingehende Referate erstattet.

Der Internationale Solidaritätsfonds, der von den beiden Internationalen beauftragt wurde, die praktische Hilfe für die spanische Arbeiterschaft durchzuführen, hat in seinen Sammlungen in den verschiedenen Ländern über alle Erwartungen große Resultate erzielt. Die Hilfsaktion wurde im Einvernehmen mit dem spanischen Gewerkschaftsbund und der spanischen Sozialistischen Partei durch wiederholte Delegationen nach Spanien organisiert. Gegenwärtig ist wiederum eine Sendung von 100 Tonnen (100.000 kg) an jenen Lebensmitteln, Kleidungsstücken und pharmazeutischen Produkten unterwegs, die von den Vertretern der spanischen Arbeiterschaft als besonders wichtig bezeichnet wurden.

Parallel mit den Aktionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden selbstverständlich auch von den kommunistischen Organisationen, insbesondere von der Roten Hilfe, Hilfsaktionen in Angriff genommen. Daneben wurden von Körperschaften, die unter vorwiegend kommunistischem Einfluß stehen, auch politische Aktionen in die Wege geleitet. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben ihr Augenmerk darauf gerichtet, daß die von kommunistischer Seite ausgehenden Aktionen sich im Sinne einer Ergänzung und nicht einer Durchkreuzung der von ihnen unternommenen Hilfsaktionen auswirke, und das Maximum an Hilfe für Spanien erzielt werde.

Die Kommunistische Internationale hat nun durch ihre Vertreter Cachin und Thorez den Präsidenten und Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, de Brouckere und Adler, zu einer Besprechung über die gemeinsame Aktion für Spanien eingeladen. Diese Besprechung fand am 14. Oktober in Paris statt. Die Vertreter der Kommunistischen Internationale formulierten in 5 Punkten, auf welchen Gebieten eine gemeinsame Aktion der Kommunistischen Internationale, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des In-

Deutsche Streiflichter

Der Mangel:

Aus dem Briefe eines deutschen Geschäftsmannes: »Letzte Woche brachte ich meine Verwandten von ... (deutsche Mittelstadt) nach ... (deutsche Großstadt). Der Umzug war notwendig, weil das rein arische Geschäft ruiniert ist. Ein Anhänger zum Möbelwagen konnte wegen fehlender Reifen nicht geliefert werden. Ich ging selber ans Telefon, um verschiedene Firmen anzurufen und bot hohe Ueberspreise, aber es war vergebens. Im Lande des neuen Vierjahresplanes waren die Lastwagenreifen nicht aufzutreiben, wenigstens nicht in der Zeit, die uns zur Verfügung stand; also expedierten wir den Rest per Bahn. Am Bestimmungsort angekommen, wollten wir uns stärken, aber es gab in dieser Woche weder Rind- noch Schweinefleisch, höchstens hintenherum. Für Kalbschnitzel bezahlten wir beim Metzger 3 Reichsmark für das Pfund. Um wieviel hundert Prozent das über dem Höchstpreis liegt, weiß ich nicht, aber jedenfalls gaben wir den Betrag, um wenigstens eine anständige Mahlzeit zu erhalten. Vorher hatten wir schon unsere Beziehungen für Eier spielen lassen, konnten aber auch nur 3 Stück zu dem hübschen Preise von 16 Pfennigen pro Exemplar aufreiben und der »Größe« nach scheinen die Hühner nicht felddienstfähig gewesen zu sein. Neulich passierte mir auch wieder, daß ich im Hotel in Saarbrücken keine Butter bekommen konnte; für die Rückreise brachte ich sie mir von dem wenige Kilometer entfernten französischen Forbach mit. Im Textilhandel dringt jetzt die Ersatzware immer weiter vor. Die Kundschaft ist sehr mißtraulich und verlangt von dem Verkäufer Zusicherungen, die aber niemand geben kann, weil jede Erfahrung fehlt. Auch in Nebenbranchen ist das Fehlen guter Ware abscheulich. Freund ... , der in Kapok, Seegrass und Bettfedern reist, zeigte mir in seinem Büro, daß seit längerer Zeit nur knapp ein Drittel der Aufträge ausgeführt werden können. Bei all dem können Sie sich die Stimmung der Leute denken, und so glaube ich denn wirklich, daß Ihre Beurteilung der Lage allzu vorsichtig ist und man mit einer schnelleren Bewegung gegen das jetzige System rechnen muß, wenn ich auch zugebe, daß von einer politischen Sammlung der allgemeinen Unzufriedenheit noch wenig zu spüren ist, aber daß der jetzige Schwindel nicht mehr lange so weiter gehen kann, wird doch mehr und mehr erkannt und übrigens wächst allmählich auch die Furcht, daß Hitler eines Tages mit seinen Drohungen gegen Rußland Ernst machen könnte. Ich wäre wirklich froh, wenn ich, wie so viele Juden einigermaßen heil ins Ausland gehen könnte, und gerade als Arier sage ich Ihnen, daß ich die Juden in Deutschland alle für in Gefahr befindlich erachte, denn eines Tages wird sicher die Volkswut über die Zustände wieder auf die Juden abgelenkt werden ... «

Passive Resistenz

Neun Zehntel des deutschen Volkes glauben den nationalsozialistischen Zeitungen nichts mehr, am wenigstens die Auflagenziffern, die sie auf Grund des Preßgesetzes in jeder Nummer angeben müssen, und die in

eiserner Stabilität erscheinen. Immerhin wagt man steigende Auflagen nicht mehr vorzutauschen. Echt sind nur die Veröffentlichungen der Auflageziffern von Zeitungen, die im nationalsozialistischen Sprachgebrauch »bürgerlich« heißen, denn sie müssen sich vor den Nazispionen fürchten. Auch diese Blätter jedoch, obwohl sie die Sympathie weiter antinationalsozialistischer Kreise genießen, können bei dem allgemeinen Zwang zur Sparsamkeit ihre Auflagen nicht mehr steigern. Die nun im Gang befindliche Zeitungswerbung, für die sogar die Post mit jedem Stempel Propaganda gemacht hat, stößt heuer, wie Beobachter aus verschiedenen Teilen des Reichs bekunden, auf klaren passiven Widerstand der Bevölkerung, der auch dadurch erleichtert wird, daß neben der Tagespresse zahlreiche Fachzeitungen und Partei-Wochen-schriften sich auf die Leser stürzen. Diese suchen sich das billigste Papier aus und weisen vielfach die Nazi-Tageszeitung ab. Kennzeichnend ist, daß es auch dem Kampfblatt der Obersten SA-Führung »Der SA-Mann« nach dem Auftreten seiner Werber sehr schlecht gehen muß. Manche Werber machen aus ihren Schwierigkeiten, ihr Blatt an den Mann zu bringen, kein Hehl. Sehr fest gegen die nationalsozialistische Presse zeigt sich der allerdings zusammenschmolzene Teil des katholischen Volks, der den früher katholischen Provinz- und Lokalzeitungen die Treue hält. Es scheinen von der Geistlichkeit Anweisungen gegeben zu sein, wie die auf Nazizeitungen angesprochenen Katholiken unter Berufung auf Führerworte sich der lästigen Werber erwehren können, z. B. durch den Hinweis auf den ortsansässigen Zeitungsbetrieb und die Gefahr einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit bei dem Zugrundegehen des Lokalblattes. Selbst die Nazipresse gibt das Versagen der diesjährigen Werbeaktion zu. Die Bevölkerung muß sich wirklich schon allerhand gegen die nationalsozialistischen Zeitungsschnorrer herausnehmen, denn im »Westdeutschen Beobachter« (Nr. 505) berichtet einer, daß ihn eine Pensionsinhaberin in einem Kurort, der nach wie vor sehr schwarzen Eifel mit den Worten heimgeschickt habe: »Die nationalsozialistische Zeitung haben wir zwar kurze Zeit bekommen, aber nie gelesen. Sie flog stets gleich nach ihrem Eintreffen in den Ofen. Solche Hetze kann man doch nicht mitmachen. Wir haben diese und auch eine andere Zeitung, die wir einmal hatten, abbestellt, und wir halten nun überhaupt keine Zeitung mehr.« Und der Einsender und mit ihm das größte Nazi-Provinzialblatt fordern nicht einmal Konzentrationslager für die Uebeltäterin, sondern nur die doch etwas schwache Drohung, daß die Verweigerer nationalsozialistischer Zeitungskost »eines Tages« öffentlich gekennzeichnet werden müßten. Bis dahin wird aber der passive Widerstand so gewachsen sein, daß die Nazipresse ganze Adressbücher abdrucken mußte, und das würde wirklich nicht sehr werbend sein, wenigstens nicht für das Zeitungsgeschäft des Herrn Adolf Hitler.

Was schon möglich ist

In der rheinischen Ortschaft Kütz im Hunsrück hat der Vorstand der Molkereige-

nossenschaft einem Sturmbannführer gekündigt, und zwar mit der klaren Begründung, daß sie eine Bürokratie brauche, die nicht nur nebenamtlich zur Verfügung stehe und die Hauptkraft der SA widme. Das gab die Molkereigenossenschaft dem »Alten Klämpfer« schriftlich und schloß, um den Hohn zu vollenden den Kündigungsbrief mit dem Gruß »Heil Hitler!« Der Gekündigte versuchte zunächst nazistisch schillernde Genossenschaftsmitglieder für sich zu gewinnen, aber erfolglos. Auch die Macht der Partei reichte nicht aus, um den Vorstand zur Zurücknahme der Kündigung zu bewegen. Jetzt hat die »Außenstelle für die Rheinischen Höhegebiete« dem Vorstand der Molkereigenossenschaft ihren allerhöchsten Unwillen zum Ausdruck gebracht. Die Kündigung lasse jedes nationalsozialistische Empfinden vermissen, ein Gefühl, das im Hunsrück nur noch sehr wenige Menschen für sich in Anspruch nehmen. Der Molkereivorstand wird aufgefordert, seine Aemter niederzulegen. Ob er das tun wird, steht im Augenblick noch dahin. Jedenfalls kann in diesem Teile Westdeutschlands die herrschende Staatspartei nicht mehr wagen, die Gewalt- und Prangermaßnahmen gegen den bäuerlichen Widerstand anzuwenden, die sie gar zu gerne praktizieren möchte.

Der Bettelsozialismus

Die dröhnende Rede des persönlich größten Verdieners an der deutschen Staatsumwälzung gegen den »gemeinen Egoismus« der anderen wird nichts an dem nun sehr allgemeinen Mißtrauen gegen die Verteilungswirtschaft des Winterhilfswerks ändern. In jedem deutschen Ort ist der nazistische Korruptionsgestank so stark, daß niemand mehr den Leuten einreden kann, ausgerechnet das Winterhilfswerk sei außerhalb der Pestilenz. Die allgemeine Schiebung und Veruntreuung wird dadurch erleichtert, daß auch nicht die Spur von Richtlinien dafür vorhanden ist, wer als hilfsbedürftig zu gelten hat. Ein nationalsozialistischer Schriftsteller hat dieser Tage in einem Aufsatz dargelegt, hilfsbedürftig im Sinne des Winterhilfswerks seien alle, deren Einkommen die Unterstützungssätze der Wohlfahrtsämter um nicht mehr als 50 Prozent übersteigen, also wirklich Leute in elenden Verhältnissen. Prompt wird nun in der deutschen Presse »von zuständiger Seite« darauf erwidert, daß es eine allgemeine Festsetzung des Kreises der Hilfsbedürftigen nicht gebe. Ueber die Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Winterhilfswerks werde vielmehr in jedem einzelnen Falle nach den besonderen Verhältnissen durch die Ortsbeauftragten des WHW entschieden. Es entscheidet also zuletzt der lokale Parteityrann. Die Winterhilfsgelder werden von einem System erpreßt, das Sozialdemokraten und Kommunisten für mehrere Jahre ins Zuchthaus steckt, nur weil sie ein paar Mark für die hungernden Familien von eingesperrten Gesinnungsfreunden gesammelt haben, und die Winterhilfsgelder werden verteilt von Leuten, die durchwegs von fanatischem Haß gegen alle Andersdenkenden erfüllt und außerdem gewöhnt sind, privaten Nutzen aus öffentlichen Mitteln zu ziehen.

Hannes Wink.

ternationalen Gewerkschaftsbundes erzielt werden sollte: Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugunsten Spaniens, Aufhebung des Nicht-Interventionsvertrages, Verhinderung der Waffenlieferung an die Rebellen, Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten, Hilfe für Frauen und Kinder. Diese gemeinsamen Aktionen sollten durch eine gemeinsame Konferenz in die Wege geleitet werden. In seiner Beantwortung dieser Vorschläge legte der Präsident der SAI, de Brouckere, dar, daß in der Sache selbst keinerlei Differenzen zwischen den Kommunisten und Sozialisten bestehen, daß alle diese vorgeschlagenen Aktionen bereits im Gange seien und die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale unternommenen Aktionen sowohl in der politischen Richtung als auch in praktischer Hilfstätigkeit die Anerkennung der spanischen Arbeiterbewegung und auch der Kommunisten gefunden haben. Es wäre also nötig, diese Aktionen wie bisher parallel weiterzuführen und sich eventuell in gewissen konkreten Einzelfragen über die Durchführung zu verständigen. Es könnte aber nichts durch die Veranstaltung einer Konferenz gewonnen werden, die mit allen bekannten,

durch die politischen Schwierigkeiten von Jahrzehnten entstandenen Differenzen belastet wäre. Diese Differenzen haben mit der Hilfe für Spanien, über die Einigkeit besteht, nichts zu tun. Die Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale halten die Lage für die Einberufung einer derartigen Konferenz nicht für geeignet, sondern sie sind der Ueberzeugung, daß das Maximum der Hilfe für Spanien geleistet werden kann, wenn man die nun durch mehr als zwei Monate geführten Aktionen in der bisherigen Form aber mit noch verstärkter Kraft weiterführe, also an dem System der parallelen Aktionen festhalte.

Auswirkung der Rassengesetze

In der »Deutschen Justiz« teilt Landgerichtsrat Dr. Kuhn vom Reichsjustizministerium über die Auswirkung der Nürnberger Rassengesetze folgende Ziffern mit:

Von den wegen des Deliktes der »Rassenschande« bisher rechtskräftig Verurteilten waren 17,8% deutschblütig und 82,2% Juden. Von den jetzt strafbaren Beziehungen hatten bei den deutschen Angeklagten sieben Achtel, bei den jüdischen Angeklagten vier Fünftel schon vor Erlaß der Nürnberger Gesetze bestanden.

Damit kennzeichnet sich der barbarische Wahnsinn dieser Gesetzgebung selber. Man hat — von wenigen Ausnahmen abgesehen — längst miteinander verbundene Menschen auseinandergerissen, harmlose und unbescholtene Liebende für ihr Leben unglücklich gemacht.

Die Fälle der »neuen« Rassenschande fallen demgegenüber um so weniger ins Gewicht, als es sich hier vielfach um Verkehr mit Prostituierten handelt. Ausdrücklich wird bemerkt, daß dieser Umstand für die Strafbarkeit keine Rolle spiele.

»Ohne klare Zielsetzung«

In Berlin tagten die »Lektoren für das wirtschaftspolitische Schrifttum« Der Gauwirtschaftsberater des Gaues Groß-Berlin der NSDAP, Professor Dr. Hunke, begrüßte sie und sagte in seiner Rede:

»Die wirtschaftspolitischen Schriften, die heute wirklich empfohlen werden können, sind an der Hand abzuzählen. Das liegt daran, daß die meisten dieser Schriften ohne klare wirtschaftspolitische Zielsetzung sind.«

Liegt das im Dritten Reich wirklich nur an den Schriften?

Schacht lustlos

Die weltwirtschaftliche Selbstblockade des Systems

In älteren Marktberichten konnte man manchmal lesen: »Schweine lustlos«. Heute kann man aus Deutschland melden: »Nationalsozialistische Wirtschaftsführer lustlos.« Es ist ja auch schlimm. Da hat sich zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten eine immerhin nicht unwichtige Verständigung über die Währungsfrage zugetragen, der sich die Schweiz und Holland angeschlossen haben. Da ist die Möglichkeit gegeben, daß in den für den Welthandel entscheidenden Teil der Welt auch die Handelshemmnisse abgebaut werden können und der gegenseitige Güterverkehr gesteigert werden wird. Deutschland aber bleibt weltwirtschaftlich völlig isoliert, wird nicht gefragt, muß beiseite stehen und kann nichts tun als schimpfen.

Diese Isolierung wird noch dazu in einem Augenblick offenbar, in dem die wirtschaftlichen Spannungen außerordentlich zunehmen. In der Innenwirtschaft droht das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen unhaltbar zu werden. Nachdem drei Jahre lang gelogen worden ist, daß das Preisniveau im großen und ganzen stabil geblieben sei, veröffentlicht jetzt die »Deutsche Arbeitskorrespondenz« einen Artikel mit dem sensationellen Geständnis: »Alles teurer geworden.« Nach der Feststellung, daß die Löhne in der Tat gleich geblieben seien — eine Schönfärberei, denn in Wirklichkeit sind die Löhne bis auf die wenigen Facharbeiterkategorien seit Hitler ununterbrochen gedrückt worden, heißt es in dem Artikel weiter:

»Anders steht es mit den Preisen. Hier ist das bis vor kurzem noch nahezu unveränderte Niveau in den letzten Monaten in eine für jeden spürbare Bewegung geraten, die um so ansteckender wirkt, als keiner bei der allgemeinen Auflockerung der Preise der Letzte sein will, den hinterher die Hunde beißen. Von der Gemüsefrau bis zur Pensionärin, vom Schlächter bis zur Putzmacherin behaupten alle samt und sonders, sie müßten höhere Preise haben, denn alles sei teurer geworden. Auf die Frage, was oder wer denn dieses »alles« sei, bleiben sie einem freilich die Antwort meist schuldig (?). Immerhin: ein Keil treibt den anderen. Und die mit der Preisüberwachung beauftragten Stellen sollten nachgerade etwas energischer zugreifen. Auch würde das Statistische Reichsamt seinen sonstigen Verdiensten ein weiteres hinzufügen, wenn es sobald wie möglich eine einmalige Repräsentativstatistik eines Arbeiterhaushalts durchführen würde. Wahrscheinlich würden sich hierbei recht unerwartete Feststellungen ergeben. Mögen auch dank der Marktordnung des Reichsnährstandes und der Festpreise der Kartelle die Preise der wichtigsten Lebensgüter stabil geworden sein (in Wirklichkeit hat der Reichsnährstand gerade die notwendigen Lebensmittel exorbitant verteuert. R. K.), so trifft dies doch für alle übrigen Güter des täglichen Bedarfs nur noch in sehr beschränktem Umfang zu. Die Erhaltung der Kaufkraft der breiten Massen aber ist die wichtigste Aufgabe, die es neben der Rohstoffversorgung zur Zeit zu lösen gilt.«

Dabei handelt es sich aber gar nicht mehr allein darum, daß die Preise infolge der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftspolitik immer weiter steigern, daß der Reallohn fällt und die Verelendung fortschreitet, sondern um das viel akutere Problem, daß auch zu den erhöhten Preisen die wichtigsten Nahrungsmittel für kürzere oder längere Zeit, aber in immer wiederkehrenden und sich ausdehnenden Perioden, überhaupt nicht zu haben sind. Den Grund haben Hitler und Heß genannt: Kanonen sind ihnen wichtiger als Butter. Die Kriegsvorbereitung kann nur weiter forciert werden, wenn ein überproportionaler, die deutsche Wirtschaftskraft übersteigender Anteil für die Kriegsproduktion verwendet wird, die Konsummittelproduktion aber und ebenso die Herstellung von Exportgütern, die zum Austausch von Lebensmitteln verwendet werden können, eingeschränkt wird. Es ist jedoch eine glatte Lüge, wenn von ihnen immer wieder behauptet wird, durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit sei der Konsum so gestiegen, daß der »vorübergehende Mangel« erklärlich sei. Man braucht gar nicht darauf zu verweisen, daß es seit Aufhebung der Kriegsblockade in Deutschland bei viel besserer Lebenshaltung der Mas-

sen auch in der Zeit geringster Arbeitslosigkeit nie Fett- und Fleisch-, und Butter- und Eiermangel gegeben hat, nicht darauf, daß z. B. in Schweden, wo die Arbeitslosigkeit noch geringer ist als sie für Deutschland die schönfärbende Statistik ausweist, die Reallohne unvergleichlich höher als in Deutschland sind und irgendwelche Versorgungsschwierigkeiten natürlich nicht existieren, obwohl das Land auch keine Kolonien besitzt, es genügt schon irgend ein Blick auf die Verbrauchsstatisitk, um die Haltlosigkeit der Hitlerschen Entdeckung nachzuweisen, daß die deutsche Armut von dem Reichtum der deutschen Arbeiter und Konsumenten herührt. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts stellte sich der Fleischmangel im August insgesamt auf 1,93 Mill. dz; das entspricht einer Menge von 2,88 kg je Kopf der Bevölkerung. Im Juli betrug der Verbrauch je Kopf 3,39 kg. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent. Im August 1935 betrug der Verbrauch 3,9 kg, obwohl auch damals Fleischknappheit bestand. Verglichen mit dem August 1934 beträgt aber der Rückgang nicht weniger als 25 Prozent! Diese Einschränkung des Fleischkonsums trifft im wesentlichen die Minderbemittelten, die auf Schweine- und in geringerem Maße auf Rindfleisch angewiesen sind; die Begüterten konnten sich mit Hammel- und Kalbfleisch helfen, für das bis vor kurzem keine Festpreise und Schlachtbeschränkungen bestanden. Da die Kälberpreise infolgedessen etwa das Doppelte des Vorkriegsstandes erreicht haben, wurden die Kälber übermäßig abgeschlachtet und auf den Markt gebracht. Schließlich hats sogar der Darré gemerkt, daß dadurch die Rinderaufzucht gefährdet wird; er hat jetzt eine Kontingentierung der Schlachtungen auf 80 Prozent verfügt und Festpreise eingeführt, mit dem Erfolg freilich, daß jetzt auch eine Knappheit an Kalbfleisch zu erwarten ist, während das Rindfleischangebot infolge der Wirkung der Bestandsdezimierung durch den Kälbermord noch auf lange Zeit ungenügend bleiben wird. Nun bleibt aber die Versorgung mit Futtergetreide im neuen Erntejahr um 2 Mill. Tonnen oder um ein Fünftel des Bedarfs hinter den Verbrauchsziffern des letzten Jahres zurück. Dadurch wird die Aufrechterhaltung des augenblicklich noch großen Schweinebestandes unmöglich, da selbst eine gute Kartoffelernte nur einen Teil des Defizits ausgleichen könnte, so daß schon jetzt eine neue und schärfere Knappheit an Schweinefleisch nach einer Uebergangszeit, während der die Schweine wegen der Futterknappheit im verstärkten Maße abgestoßen werden, vorausgesagt werden kann.

Die Schwierigkeiten der inneren Wirtschaftspolitik ließen sich nur meistern, wenn die Außenhandelsbeziehungen die Aussicht eröffneten, den von Hitler und Darré produzierten Nahrungsmangel durch vermehrte Einfuhr der fehlenden Ernährungs-Rohstoffe decken zu können. Aber der Bericht über den Außenhandel im September zeigt einen neuen Rückgang der Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 10 Mill. RM auf 336 Mill. Die Rohstoffeinfuhr ist um 7,2 Mill., die Fertigwareneinfuhr um 2,2 Mill. gesunken. Ist schon die Unmöglichkeit, die Einfuhr zu heben, bedenklich genug, so wird die Situation noch dadurch bedenklicher, daß sich auch die Ausfuhr entgegen der Saisontendenz nur ganz unerheblich um 3 Millionen auf 412 Millionen gegenüber August vermehrt hat. Das bezeichnet der amtliche Bericht selbst als nicht befriedigend, da die Vermehrung ausschließlich auf eine Erhöhung des Ausfuhr-Durchschnittswertes zurückzuführen sei, während die im Herbst übliche Saisonbelebung daran keinen Anteil gehabt habe. Während die Ausfuhrsteigerung vom August zum September in den Jahren 1933 und 1934 noch 5 Prozent, 1935 noch 1,5 Prozent betrug, hat sich der Export diesmal noch nicht um 1 Prozent gehoben. Wenig erfreulich sei es auch, daß die geringfügige Zunahme der Ausfuhr ausschließlich auf Rohstoffe und Halbwaren entfällt, während die Fertigwarenausfuhr sogar um 2,4 Mill. abgenommen hat.

Natürlich zeigt dieser »unerfreuliche« Ausweis noch keinen Einfluß der Abwertungsereignisse. Diese bedeuten aber zweifellos eine weitere Erschwerung des deutschen Exports, während dessen Steigerung jetzt

nicht nur für die Fortsetzung der Kriegsrüstung, sondern für die Aufrechterhaltung der Ernährung auch nur mit der reduzierten Hitlerschen »Werktagkost« unerlässlich ist. Kein Wunder, daß Schacht und seine Presse schimpfen und toben — über die Wirtschaftspolitik der anderen natürlich. Daß die anderen Mächte der Währungsverwirrung nach der Erstarrung der internationalen Handelsbeziehungen endlich Einhalt zu tun versuchen, wird als eine Art Attentat auf Deutschland hingestellt, und drohend verlangt Schacht internationale Besprechungen. Deutschland sei eines der stärksten Industrieländer, die Aufnahmefähigkeit seines Marktes sei von entscheidender Wichtigkeit, seine internationalen Handels- und Gläubigerbeziehungen müßten geordnet, seine Rohstoffbesorgen behoben werden, wenn die Welt gesund sein soll. Aber sein Hilferuf findet kein Echo, ebensowenig wie die Drohung Hitlers mit dem neuen Autarkieplan zum großen Erstaunen der Nationalsozialisten besondere Beachtung gefunden oder die erwartete Beunruhigung ausgelöst hat. Der Grund ist klar genug. Hitler und Schacht ist das Wunder geglückt, die Bedeutung Deutschlands als weltwirtschaftlichen Faktor auf ein Minimum herunterzudrücken. 1929 betrug die deutsche Einfuhr fast 13,5 Milliarden Goldmark, heute ist sie auf kaum etwas mehr als 4 Milliarden zusammengeschrumpft. Das ist ein Betrag, der kaum mehr um ein paar Dutzend vermindert werden könnte, und im Vergleich zu der Welthandelssumme nur noch wenig interessant ist, um so weniger, als die große und echte Erholung in der Welt außerhalb Deutschlands die Absatzschwierigkeiten der meisten Länder erheblich vermindert hat. Dazu kommt aber, daß

Gefährlich leben!

Besonders gefährlich: die Fleischer

»Der Regierungspräsident gibt bekannt: Ein Fleischermeister in Königsberg hat in größeren Mengen Rind- und Schweinefleisch unter Umgehung des Schlachtviehmarktes und des Schlachthofes in Königsberg eingeführt, offenbar in der Absicht, dadurch andere Fleischermeister zu schädigen. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, den in Frage kommenden Fleischerbetrieb auf die Dauer von drei Tagen zu schließen.«

(»Preussische Zeitung«, Nr. 258)

»Im Zusammenhang mit den Verknappungen auf dem Fleischmarkt ist es vorgekommen, daß böswillige Elemente die festgesetzten Preise nicht innehalten haben. Der kommissarische Landesbauernführer von Oldenburg, Hobbie, wendet sich in einem Aufruf gegen solche Versuche, die Marktordnung durch Nichtbeachtung der erlassenen Anordnungen zu durchkreuzen. Da durch das unverantwortliche Verhalten einzelner Störungen in der Versorgung des deutschen Volkes mit Fleisch- und Wurstwaren entstehen können, hat er die zuständigen Stellen angewiesen, gegen alle Saboteure der Marktordnung rücksichtslos vorzugehen.«

(Zeitungsdienst des Reichsnährstandes)

»Der Regierungspräsident in Königsberg gibt bekannt: Bei der vor kurzem erfolgten schlagartigen Kontrolle einer größeren Anzahl Königsberger Gewerbetriebe — insbesondere auch Fleischerelien — auf Innehaltung der amtlich festgesetzten Höchstpreise mußte leider wiederum eine Anzahl Höchstpreisüberschreitungen festgestellt werden. Die Schuldigen sind mit Ordnungstrafen von 50—200 RM bestraft worden.«

(Bekanntmachung in allen Ostpreussischen Blättern)

»Die vorübergehende Fleischverknappung hat einerseits für viele Familien den teilweisen Verzicht auf Fleischgenuß nach sich gezogen, andere zu dem Bezug wesentlich teureren Fleisches gezwungen, als es das übliche Haushaltsgeld eigentlich erlaubte. Die Preissteigerungen bei einzelnen Fleischsorten haben nicht dazu beigetragen, das alte Vertrauensverhältnis zwischen Publikum und Einzelhändlern zu stärken, und mancher Einzelhändler geriet in den Verdacht, die vorübergehende Verknappung zu einer ungerechtfertig-

die wirtschaftszerrüttende deutsche Politik die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes gar nicht steigern kann, ohne vorher die Produktion von der Rüstungsproduktion auf Konsummittel- und Exportgütererzeugung umzustellen, was die Diktatur nicht will. Erleichterung der Handelsbeziehungen mit Deutschland, die nur eine Erleichterung der Kriegsvorbereitung wäre, übt also trotz Schacht keine besondere Anziehungskraft mehr aus.

Dasselbe gilt in bezug auf die Schulden. Schacht weist auf die Notwendigkeit der Schuldenregelung hin, auf die Notwendigkeit, den deutschen Export zu erleichtern, wenn sein heißer Wunsch, Zinsen zu zahlen, erfüllt werden soll. Aber auch dieses Problem hat für das Ausland seine Schrecken verloren. Schacht zahlt heute etwa noch 250 Millionen RM Zinsen an die deutschen Gläubiger. Auch das ist kein Betrag mehr, der weltwirtschaftlich ins Gewicht fällt, um so mehr, als die Gläubiger große Beträge abgeschrieben haben und der Nominalbetrag von rund etwa 12 Milliarden nur noch mit einigen wenigen Milliarden zu Buch stehen dürfte. Zudem kann Schacht, seine Drohung, diese Zinszahlungen ganz einzustellen, gar nicht verwirklichen. Denn die Gläubigerländer würden in annähernd gleicher Höhe die Einfuhr aus Deutschland drosseln; sie haben ja nur so lange Interesse an einem Ueberschuß der deutschen Ausfuhr, solange diese dazu dient, die Forderungen der Gläubiger ihres Landes zu begleichen. Was Schacht an Devisen auf der einen Seite gewänne, verliere er auf der anderen. Schacht kann also in diesen internationalen Verhandlungen nichts bieten, er kann nur fordern. Die Forderungen sind bekannt: Rohstofflager, Kolonien, Anleihen — all das, um die Kriegsvorbereitung stärken zu können. Das hat aber nachgerade selbst diese Nachkriegswelt endlich begriffen. Sie drängt sich keineswegs zu dem so heiß ersehnten Gespräch und deshalb ist Schacht so lustlos. Dr. Richard Kern.

ten Bereicherung auszunutzen, da ja das Publikum nicht zu beurteilen vermag, inwieweit der Einzelhändler zu der Preis-erhöhung durch höhere Einkaufspreise veranlaßt ist.« (»Der Westenc«, Berlin, Nr. 277)

»Auf dem Weidendamm wurde ein Fleischermeister von zwei Personen angefallen und geschlagen. Die Polizei brachte die beiden Täter nach dem Polizeirevier.« (Polizeimeldung aus Königsberg)

Ein voller Bankrott

Aus einem Brief: »Ich besuchte sowohl die Leipziger Messe wie die Kölner. Daß Leipzig ein Versager war, konnte weder die Tagespresse noch die Fachpresse verschweigen, wobei ich Dich überhaupt darauf hinweisen will, daß die Fachzeitungen dauernd schriftliche und mündliche Beschwerden erhalten, weil ihre Wirtschaftsberichte irreführend optimistisch sind und niemanden informieren können. Die diesjährige Kölner Herbstmesse war noch viel schwächer als die Frühjahrsmesse, obwohl diese schon schwach genug war. Ausländer waren so gut wie gar nicht da, obwohl doch Köln nahe an drei Landesgrenzen liegt und eine enorme Propaganda für die Messe gemacht worden war. Kennzeichnend ist, daß auch die Detailhändler fast fehlten und soweit sie kamen, mit den Aufträgen zurückhielten. Was man überhaupt Geschäft nennen kann, waren kleinere Einkäufe von meisten ländlichen oder halbländlichen Geschäftsleuten aus dem Hinterlande Kölns, die auch sonst in Köln eingekauft hätten und die Messe als eine Gelegenheit benutzten, fern von der teuren Gattin eine »kölsche Nacht« zu erleben, aber das ändert natürlich nichts an der ganz allgemeinen Unzufriedenheit der Aussteller, deren meistens kleine bis winzige, schon mehr in einen Detailkram gehörenden Verkäufe so gut wie in keinem Falle ihre Spesen decken. Das war das allgemeine Gespräch an den Ständen, aber was wollen die Geschäftsleute machen? Wenn sie früher wo die Kölner Messe auch schon ziemlich schwach war, einmal ausgestellt haben, wird ihnen klar gemacht, daß sie sich im Dritten Reich nicht zurückziehen dürfen, oder sie machen sich der Sabotage verdächtig. So schickt man sich eben in das Unvermeidliche und mit Geschäft, wo de facto nur noch Bruch vorhanden ist und im Gespräch kaum noch einer der Aussteller ein Hohl daraus macht, daß er die ganze Messe für Bluff und Schwindel hält, und so urteilen übrigens die meisten Geschäftsleute, wenigstens die hiesigen, über das ganze System...«

Das Hakenkreuz in Madrid

Hitlers Unterschrift

Die Deutsche Botschaft hat ihr Haus an der Castellana in Madrid geschlossen. Kurz bevor ein ausgedehntes Nazi-Spionagenetz von der spanischen Polizei aufgedeckt wurde. Der deutsche Rundfunk meinte hierzu, daß sich die Botschaft in Madrid nicht mehr sicher fühle und daher nach Alicante gezogen sei. In Alicante liegen deutsche Panzerkreuzer...

Was bedeutet dieser Klimawechsel? Preventionsmaßnahmen? Interventionsvorbereitungen? Flucht?

Wir haben die letzten Ereignisse in der Madrider Botschaft aus nächster Nähe beobachtet. Ereignisse, die die Unterschrift Hitlers tragen. Sie begannen interessant zu werden, als eines Tages ein deutsches Bombenflugzeug auf dem Madrider Flugplatz landete...

Es kam schnurstraks aus Deutschland und landete in der Nähe zweier Lufthansaapparate. Ein Wink eines Lufthansapiloten genügte: bevor sich noch die spanische Luftpolizei dem unerwarteten Gast nähern konnte, hatte sich der deutsche Vogel bereits wieder erhoben. Mit voller Motorenkraft verschwand er gen Süden.

Wenige Stunden später wird der spanischen Regierung aus Badajoz die Notlandung jenes Flugzeuges gemeldet. An Bord findet man eine Leichtkanone und mehrere Maschinengewehre. Die kostbare Sendung wird nebst Transportmittel beschlagnahmt. Doch die deutsche Botschaft verlangt in einer für die internationale Diplomatsprache allzu zackigen Note die sofortige Wiederfreigabe »deutschen Eigentums«. Im Madrider Botschaftsgarten wird den zum »obligatorischen Tagesappell« angeordneten Volksgenossen beruhigend erklärt, das beschlagnahmte Flugzeug habe nur Verbandszeug für Sevilla gebracht. Also für Sevilla... wo Francos Rebellen truppen liegen.

Hatte sich der Pilot geirrt, als er in Madrid landete? Oder hatte er den Nachrichten der Rebellen geglaubt, die die Einnahme Madrids durch die Faschistentruppen behaupteten?

Der verhaftete Pilot erklärte, nach Portugal zu wollen. Er habe wegen Benzinmangel bei Badajoz notlanden müssen. Die Untersuchung des Flugzeuges aber ergab, daß das noch vorhandene Benzin dazu gereicht hätte, sorglos und bequem sogar nach Deutschland zurückzufliegen...

Die Provokationsversuche gehen weiter. Die spanische Regierung lehnt die Freigabe des Bombenflugzeuges ab. (Man hat das Hakenkreuz längst mit roter Farbe überstrichen.) Da schlägt die Botschaft Alarm. Herr Schulz erklärt dreimal täglich im Auftrage des Botschaftsrates: »Die Reichsregierung rät dringend allen Deutschen, sofort den spanischen Boden zu verlassen. Es ist kein Befehl: denn Befehl hieße Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Daher kann es vorläufig nur der »dringende Wunsch« der Reichsregierung sein.«

Täglich werden Hunderte abtransportiert. Freie Fahrt in Flugzeug, Schiff und Bahn I. Klasse. Auch Juden fahren gratis. Ausdrücklich wird erklärt, daß »alle Deutschen, ohne Ausnahme, ohne Unterschied der Gesinnung oder des Glaubens, kurz: jeder, der sich durch einen deutschen Reisepaß auszuweisen vermag, unter dem persönlichen Schutz Adolf Hitlers steht...«

In wenigen Tagen werden von den 3000 in Madrid lebenden Deutschen über 2500 auf Kosten der Botschaft abgeschoben. Es kostet der Botschaft ja nur eine halbe Million Mark Fahrgeld! Außerdem verspricht man den Abreisenden einen vierwöchigen Gratis-Erholungsurlaub im Schwarzwald. Erholungsurlaub wovon? — »Ja, dann werden Sie irgendwo hin geschickt« antworten salomonisch die Botschaftsgötzen.

Einer unbeschreiblichen Angstpsychose, die die Nazihelden befällt und sogar jüdische Emigranten dazu führt, den Schwarzwaldmärchen zu glauben und die Koffer zu packen, wird vom Botschaftsrat stündlich neuer Stoff geboten. Im Botschaftsgarten wimmelt's. Koffer, Pässe, Ordnungsrufe, bleiche, überhastete, ängstliche Gesichter. Dramatische Abschiedsszenen von

costbaren Foxterriers, Dackeln... »Man rät, keine Hunde mitzunehmen, da die »Roten« alle Tiere grausam töten und aus den Zugfenstern werfen.« Obwohl keiner der hier versammelten Nazihelden in diesen Tagen in Madrid auch nur einen Verwundeten gesehen hat (denn sie verkrochen sich ja rechtzeitig genug in die Botschaft, um nur ja nicht »in Gefahr zu kommen«), fantasieren sie nun schon von faulenden Kadavern auf den Straßen, von Dingerschen Grausamkeiten, von — allem, was die deutsche Presse später bringt.

In diesen Tagen glauben noch einige Optimisten, daß es sich um einen groß-

gen, ob sie nach Berlin oder gleich zu Franco reisen sollen. Hastig werden die letzten Transporte zusammengestellt. Der deutsche Geschäftsträger, Herr Völkers, erklärt, daß die beiden letzten Flugzeuge für ihn und das diplomatische Corps für den nächsten Tag bereit stehen. Es geht um Stunden, um Minuten. Denn »es ist 5 Minuten vor 12«.

Ganz Dumme wenden sich verzweifelt an die Botschaftsangestellten. Ganz entgegen dem Naziprinzip: »Gehorchen ohne zu fragen« erhalten sie sogar recht konkrete Auskunft: »Die Reichsregierung will die Möglichkeit freier Entscheidung haben. Daher müssen die Deutschen Spanien

Stützen des Systems



zügigen Propagandafeldzug des Herrn Göbbels handelt, der vielleicht wieder einmal die Allmächtigkeit des Volkskanzlers demonstrieren will. Aber man hat den letzten, scheinbar mißlungenen Provokationsversuch noch nicht vergessen. Man will auf diesem Wege weitergehen. Berlin drängt.

Die letzte kleine Gruppe standhaft gebliebener Deutscher versammelt sich zum Abendappell. Man wittert Hochspannung. Der Botschaftsrat tagt. Neue Anweisung aus Berlin. Unterschrift: Hitler. Was geschieht? Hat Hitler nicht erklärt, den Nichteinmischungspakt zu unterzeichnen? Ist damit die Interventionsfrage nicht zumindest vorläufig ungefährlich geworden?

Endlich gibt die Botschaft die schuldische Antwort: »Die Reichsregierung weist auf den Ernst der Lage. Zum letzten Male fordert sie mit aller Dringlichkeit die letzten Deutschen auf, Spanien auf schnellstem und kürzestem Wege zu verlassen. Es wird ernst. Es ist 5 Minuten vor 12.«

Der Alarm ist echt. Die Botschaftsangestellten erhalten den »Befehl«, sich zur sofortigen Abreise vorzubereiten. Im Keller des Botschaftsgebäudes werden bereits die Akten verbrannt. Ein Geheimtransport bringt 1500 Liter Flugzeugbenzin. Berichterstatter der Nazipresse fra-

verlassen.« Ein anderer Behördianer ist noch offener: »Solange sich noch ein Deutscher auf spanischem Boden befindet, können die deutschen Kriegsschiffe nicht eingreifen. Sie verstehen, was das bedeutet!«

Si, señor, wir verstehen! Aber auch die spanischen Arbeiterführer und ihre Regierung erkannten die Bedeutung dieser Geschehnisse, die ihnen noch in der gleichen Nacht bekannt wurden. Hinter den Kulissen begann ein kleines Nachspiel, das sich unseren Blicken entzog. Am nächsten Vormittag wurde der Alarm in der deutschen Botschaft abgeblasen. »Es hat sich nicht ereignet, was wir gern erwartet hätten.« Wir verstehen. —

Zwei Provokationen sind mißlungen. Vielleicht ist es nur glücklichen Zufällen zu verdanken. Inzwischen blieb der Nazibotschaft nichts anderes übrig, als ihre Distanz von den deutschen Panzerkreuzern auf ein Minimum zu reduzieren. Auch diese Maßnahme trägt die Unterschrift Hitlers.

Denn Hitler unterschreibt alles: die Gratis-Heimfahrt der deutschen Juden und die Verfügung, daß sie nach ihrer Ankunft innerhalb von drei Tagen Deutschland wieder zu verlassen haben; er unterschreibt Friedensreden und Provokationen, Nichteinmischungspakt und Intervention.

Moralische Sterilisation!

Ein Blick in ein deutsches Schulungslager für Beamte — Die dressierte Kreatur des Hitler-systems wird später auf deutsche Volksgenossen losgelassen.

Alle Beamte des Hitlerstaates werden bekanntlich in besonderen Schulungs- und Gemeinschaftslagern periodisch gedreht. Das fängt mit den Referendaren schon an und hört bei den Studienassessoren und Hochschuldozenten noch keineswegs auf. Von der Gesinnungskastration, die dabei im Sinne des nationalsozialistischen Systems der Zweck der Uebung ist, vermag sich der Europäer außerhalb des Hakenkreuzbereiches wahrscheinlich nur ganz unzulängliche Vorstellungen zu machen. Die von der Prozedur Betroffenen selbst haben sie über sich ergehen zu lassen und zu schweigen. Wer hätte — gerade von diesen Pensionsberechtigten — den Mut, Bekenntnisse über seine eigene Entwürdigung abzulegen, wenn das sofort den Verdacht der »Unzuverlässigkeit« und »staatsfeindlichen Gesinnung« und damit den Verlust der Existenz, die man doch Zeit seines Lebens gesichert wähnen darf, nach sich zieht?! In ihren Militär- und Kriegervereinen hatte sich schon die wilhelminische Aera die Legionen subalternster Stiefelocker erzogen; anders ging ja »Thron und Altar« nicht mehr gegen die rote Flut zu verteidigen. Aber der Wilhelminismus ist auch in bezug auf Beamten-Dressur ein idyllisches Kindergärtchen gegen das gewesen, was in den Schulungs- und Gemeinschaftslagern die Hitlerei denen jetzt zugemutet wird, die sich im Dritten Reich für die Pensionsberechtigung als würdig zu erweisen haben!

Es ist der Strafanstaltsdirektor von Ludwigsburg, ein Pg. Dr. Weißrieder, der jetzt in den »Blättern für Gefängnisstudie« einiges über die Praxis dieser moralischen Beamten-Sterilisation ausplaudert. Da es in einem Fachblatt steht, das von den Männern vom Bau auch außerhalb des Dritten Reiches sicherlich gelesen wird, wirkt die Naivität fast grotesk, mit der hier Betriebsgeheimnisse der Diktatur in ihrer ganzen menschlichen Erbarmlichkeit geschildert werden. Es handelt sich um die heutigen Ausbildungskurse für Strafanstaltswachmeister! Sie fanden — auf das Aufgabengebiet dieser Beamtenkategorie sich beziehend — auch gewiß schon, wie Herr Weißrieder selbst es eingesteht, in den »vierzehn Jahren der Schande« statt. Aber galt es damals, einen brauchbaren Beamten eben seines Fachgebietes zu erziehen, so sind jetzt die eigentlichen Dienstprobleme völlig nebensächlich geworden. Herauskommen muß am Ende des Kursus nicht der brauchbare Beamte, sondern die nationalsozialistische Gesinnungskreatur! Flügen wir noch hinzu, daß es sich bei den Schulungsdelinquenten fast ausschließlich um zwölfjährig gediente frühere Soldaten handelt, daß die einzelnen Wachmeister keineswegs den alleruntersten Dienstgrad in der Gefängnishierarchie bekleiden, also unter Umständen auch noch direkte Untergebene neben der Schar ihnen anvertrauter Gefangener haben, und daß der Schulungskurs eben jetzt zu einem Schulungs-Lager erweitert worden ist, dann ist der Tatbestand einigermaßen vollständig festgelegt.

Nach Dr. Weißrieder hatten die Wachmeister des Kursus zum Schluß eine Anzahl wohlgesetzter Prüfungsfragen schriftlich zu beantworten. Die Allerwichtigste und erste war die: Wie kann ich in und außerhalb des Dienstes zeigen, daß ich Nationalsozialist bin? Von den Antworten, welche die Opfer absolviert haben, werden dann zwei wort- und fehlergetreu von Pg. Weißrieder triumphierend wiedergegeben. Hier sind sie — und wir stellen sie um des höheren psychologischen Genusses willen vergleichsweise hintereinander:

Prüfungsantwort 1:

»Außer Dienst muß ich als richtiger Volksgenosse mich zeigen und mein eigenes Interesse hinter dem des Volksganzen zurückstellen. Denn der nationalsozialistische Grundsatz Gemeinnutz geht vor Eigennutz ist auch für mich eine sittliche Pflicht. Als Familienvater muß ich für meine Familie sorgen, damit sie nicht in soziale Not kommt und dem Volke zur Last fällt. Die Er-

ziehung der Kinder im nationalsozialistischen Geist ist ein großes Augenmerk zu schenken. Sie müssen der Hitler-Jugend zugeführt werden, um aus dieser der SA und dem Arbeitsdienst zuzukommen und können vielleicht auch dem höchsten Dienst, den es für Deutsche gibt, dem Wehrdienst zukommen. Durch meine Teilnahme, es sei dies durch Abgabe oder Mithilfe, kann ich mich bei Sammlungen aller Art, wie Eintopf-, Straßensammlungen beteiligen. Durch meinen Beitritt zur NS-Volkswohlfahrt kann ich viel für meine ärmsten Volksgenossen helfen. Auch weiterhin kann ich vielfach zeigen, daß ich Nationalsozialist bin, sei es durch die Tätigkeit als Luftschutzwart, Mitwirkung bei Verdunkelungen und ähnliche Pflichten... Mein ganzes Verhalten in und außer Dienst muß zeigen, daß ich das nationalsozialistische Gedankengut mit dem Grundsatz Gemeinnutz geht vor Eigennutz voll und ganz erfaßt habe. Usw. <

Prüfungsantwort 2:

»Daß der heutige Beamte ein überzeugter Nationalsozialist sein muß, ist so gut wie selbstverständlich. Kann auch nicht jeder Parteigenosse sein, so kann er doch im täglichen Leben zeigen, daß er mit dem nationalsozialistischen Gedankengut vertraut ist. Angefangen in der eignen Familie. Es wird sein höchstes Bestreben sein, seine Kinder dem Jung-Volk und später der Hitlerjugend zuzuführen. Denn unser teuerstes Volksgut ist die Jugend, wenn wir sie so erziehen, wie uns der Führer die Richtlinien dazu gibt, so haben wir schon ein Teil zum Wiederaufbau unseres deutschen Volkes getan. Weiter wird es sich zeigen im Verkehr mit unseren nächsten Volksgenossen, den Mitbewohnern. Menschen, die unter dem gleichen Dache wohnen, müssen in gutem Einvernehmen miteinander leben und da zeigt sich der Nationalsozialist dadurch, daß er vorbildlich ist in der Zusammenarbeit, er kann zeigen, daß er es ist, indem er die Forderungen des Staates nach besten Kräften unterstützt, den zivilen Luftschutz, durch Belehrungen der Volksgenossen, die noch nicht eingesehen haben, daß es ihr eigener Nutzen ist, wenn sie die Weisungen des Luftschutzes befolgen. Ferner wird er zeigen, daß er Nationalsozialist ist im Kampfe gegen die Juden, er wird erst einmal selber nichts bei diesem kaufen, sondern auch dazu beitragen, daß die anderen es auch einsehen und durch sein Beispiel beschämt werden. Einen weiteren Beweis, daß ich Nationalsozialist bin, kann ich bringen, indem ich das Winterhilfswerk auf das tatkräftigste unterstütze; auch hier ist das Vorbild das beste Mittel. Als Vorgesetzter werde ich meine Untergebenen nicht von oben herab behandeln, sondern als Kamerad, wenn er vielleicht auch nicht auf demselben Platz steht wie ich. Hierin gibt unser Führer doch den besten Beweis, er ist trotz seines Aufstieges der gleiche einfache Mann, der er immer war. Usw. <

Genügen diese Proben von ebenso dummer wie frivoler Spöchererzeugung? Man beachte, wie die Antworten bis auf Hitler-Jugend, Luftschutz, NS-Volkswohlfahrt fast wörtlich, mindestens in der faden Sache übereinstimmen! Der braune Gesinnungsdompteur hat also den armen Opfern der peinlichen Prozedur das entsprechende Sprüchlein schon mit hinreichender Energie verabreicht. Aber man bedenke auch, wie frech und dreist sich dieses System in die ureigensten Angelegenheiten des privaten Menschen, in die Verantwortung des Vaters vor seinen eigenen Kindern drängt und quetscht und selbst den pater familias zum Hampelmännchen irgendwel-

Weil er kein Schlachtenpotpourri hinterlassen hat!

Der Streit um das Denkmal Mendelssohn-Bartholdys

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Vor dem Leipziger Gewandhaus, ehrwürdig-altertümlicher Wehrestatt der Muse, bevor der Badenweiser Marsch als Lieblingsradu des »Führers« und das Horst-Wessel-Bumbum als neudeutsche Nationalhymne zu den unentbehrlichsten Requisiten des Dritten Reiches erklärt waren — steht immer noch das Denkmal, das die dankbaren Pfeife-Athener einmal ihrem Felix Mendelssohn-Bartholdy gesetzt haben. Der Komponist — wer kann es leugnen — war ein echter »Judenstämmling« — Enkel des großen Moses Mendelssohn, selbst freilich Konvertit in den lutherischen »Blut- und Boden«-Glauben. Wenige Tonkünstler nur waren der deutschen Seelenschwingung in der Musik so innigst hingegen, wie dieser »nichterliche« Romantiker. Fast verhält es sich damit ebenso, wie mit der anderen Tatsache, daß immer noch seit hundert Jahren der »Semite« Heinrich Heine die patriotischen Geistespäpste durch seine Meisterschaft, die seiner Muttersprache gilt, tief beschämt...

Jetzt ist schon seit geraumem diese Leipziger Denkmalsfrage krisen-akut geworden! Die regierenden Nazis können nicht an dem

steinernen Mendelssohn-Bartholdy vorbeigehen, ohne in die Versuchung zu kommen, ihn durch einen geschickt geworfenen Pflasterstein oder einen entsprechend gehandhabten Zuschlaghammer darauf hinzuweisen, daß es mit seiner Großmutter nicht gestimmt hat. In den gleichgeschalteten Tageszeitungen wird einheitlich die Abtragung des Denkmals und seine »Ueberweisung an die jüdische Kultgemeinde« mit Mut und Kraft gefordert. Zu folgendem Zwischenfall ist es bereits — nach der Herfurthschen »Leipziger Tageszeitung« — gekommen: In einem beliebigen Café hatte die Musik die Ouvertüre zu Mendelssohn-Bartholdys Oper »Die Hebriden« gespielt. Darauf erregte Szene anwesender Nazis mit dem Kapellmeister! »Mit Rechte, so schreibt das genannte »nationale« Speißeblatt, »lehnte ein Teil (!) der Gäste, die kurz vorher die Rede des »Führers« in Nürnberg (aha!) gehört und durchdacht (!!!) hatten, diese jüdische Musik ab. Der Kapellmeister aber verwies auf die Existenz des Denkmals«. Und so macht denn die »Leipziger Tageszeitung« hinter diesen Vorfall von geschichtlicher Erhabenheit den folgenden moralischen Schlußpunkt: »Die Existenz des Denkmals eines Juden ist auf die Dauer

eine Unmöglichkeit in Deutschland!« Auf jeden Fall wird sich schon eine der nächsten Stadtratsitzungen, soweit es die noch gibt, mit dem Drama beschäftigen; das Ergebnis kann nicht zweifelhaft sein.

Wenn Lächerlichkeit töten könnte, würde sie es in diesem Falle unweigerlich tun! Hier aber kommt zur Lächerlichkeit noch die ganze sittliche Misere der — ach so beliebten — deutschen Nationalphilister-Seele! Denn die »Leipziger Tageszeitung« gehört dem Verleger des noch größeren Speißeblattes, dem Herrn Herfurth von den unsterblichen »Laibzjer Naisdne!« Die waren immer allddeutsch-scharfmacherisch. Es gab keine patriotische Dummheit, für die sie sich nicht mit echt sächsischer Leidenschaft engagiert hätten. Nur — antisemitisch waren sie bis zur Gleichschaltung nicht! Das verboten nämlich die Abonnenten und Inserentenrück-sichten auf den Leipziger »Brühl«, bevor ihn die Nazis piete gemacht hatten. Da nun die Juden nicht mehr zahlen können, braucht man seinen Gefühlen keinen Zwang mehr anzulegen. So ungefähr haben wir uns germanische Reckenart und Wikingerstolz immer vorgestellt!

cher Demagogie rücksichtslos macht. Das sind nun alles alte Soldaten, die so sich behandeln lassen müssen, wie man kaum einem Schwachsinnigen in der Psychopathen-Klasse es zumutet! Das sind Männer mindestens in den Dreißig, Beamte mit großer dienstlicher Verantwortung in einem an menschlichen und sittlichen Problemen geradezu gesättigten Beruf! Das sind die Leute, die daheim über Hunderte von anderen Menschen, der Freiheit beraubt, schuldige und unschuldige, wie Götter des Schicksals thronen dürfen! Es handelt sich um »die Erziehung zum guten Deutschen« — so bezeichnet als Einleitung das braune Subjekt Weißrieder wörtlich die hier vorgenommene Exekution. Wie viele »guten Deutschen« mit gleichermaßen amputiertem Rückgrat — denn das Vorliegende ist ja nur einer von vielen anderen gleichzeitiger Fälle — mögen wohl täglich die Dressuranstalten dieses Sklavenlandes ausspielen?! F. E. Roth.

Pietät und Weltgeschichte

Der spanische Bürgerkrieg im Aspekt der »Reichssportführung«

»In den spanischen Wirren sind bis zur Stunde schon erschreckend viele Menschen umgekommen; und über das Schicksal von Tausenden mag man im Ungewissen gewesen sein. Es wird aber wohl nach keinem so viel gefragt, wie nach dem berühmten spanischen Torhüter Zamora. Allerdings war es vorher auch das Verbleiben des bekannten spanischen Boxers Ugedun Paolino gewesen, das

Europa und selbst die übrigen Erdteile in Aufregung versetzte. Bei dieser Gelegenheit kam es heraus, daß wir vorher weder die spanischen Minister kannten, noch je die Namen der Generäle gehört hatten, deren Kolonnen jetzt auf der Hochebene von Madrid erscheinen sind. Aber von dem besten Tormann seiner Zeit, von dem göttlichen Zamora, wußten aber Tausende von deutschen Sportanhängern zu erzählen und erkannten das Maß des Unglücks daran, daß ein Mann, der wegen seines sportlichen Könnens zum Nationalhelden des Landes geworden war, wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt wurde, so daß man an seinen Tod glauben mußte... Der große Torwart Zamora weilt in Mexiko. Wir atmen auf!«

Was wir übrigens auch taten, als wir diesen Beitrag zur braunen Gegenwartskultur im »Der Kicker« (»Deutsche Fußball-Illustrierte«, Nürnberg) gelesen hatten.

Panik im Eugenischen!

Hitlers Vererbungsmedizin bringt die Armeo um Rekruten.

Der Ministerialrat Dr. Linden vom Reichsinnenministerium warnt jetzt in auffälliger Form in der letzten Nummer der Zeitschrift des »Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst« davor, daß in Hitlerdeutschland vielfach Ehen »aus übertriebener Aengstlichkeit« nicht mehr geschlossen werden, weil »etwa bei dem einen Ehepartner in der näheren Verwandtschaft ein Fall von Erbkrankheit aufgetreten

sei. Schuld an dieser Ehepanik sind nach Dr. Linden fast immer die kommunalen Eheberatungsteile, in die sich nach der Gleichschaltung vor allem die Prominenten aus der NS-Frauensschaft gestürzt haben und in denen jetzt gerade die absurde Keimdrüsenphantastik sich austobt, der Adolf Hitler, selbst belehrt durch emsige Broschürchen- und Traktätchen-Lektüre zum problematischen Thema, zu solchem Mode-Aufschwung im Dritten Reich verholpen hat. »Bei der Verbreitung krankhafter Erbanlagen« — so sagt Pg. Linden — können wir es uns schon aus bevölkerungspolitischen Gründen nicht leisten, durch schematisches Vorgehen Ehen zu verhindern...«

Vom guten Ton

»Unzählige deutsche Familien müssen wochenlang ohne Fleisch auskommen. Fisch, Gemüse und Obst können die eingesparten Fleischmengen ersetzen. Es muß mehr als bisher zum guten Ton gehören, den nationalwirtschaftlichen Erfordernissen zu dienen und nicht das Seltene und Verbotene mit einem unangebrachten Selbstgefühl auf den Esstisch zu bringen. Wenn uns auf dem Wege des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus nichts Schlimmeres begegnet als eine vorübergehende Einschränkung des Fleisch-, Butter- und Eiernusses, können wir der Vorsehung danken.«

(»Deutsche Zukunft«)

Die Marseillaise

In diesen Tagen ist Hermann Wendels letztes Werk erschienen: Die Marseillaise (Europa-Verlag, Zürich). Die Geschichte einer Freiheitshymne, geschrieben zum hundertsten Todestag ihres Schöpfers Rouget de Lisle, der ein kleiner Poet war und blieb und das Gefühl einer großen Stunde ward, als das Lied des revolutionären Frankreich seiner Seele entstieg. So hat sie Doré gemalt: »Eine erhabene Frauengestalt in Weiß, die phrygische Mütze auf den Locken, ein Schwert in der Rechten und die Trikolore in der Linken, und hinter ihr, sie umdrängend, das Volk der Vorstädte und der Dörfer, das französische Volk aller Jahrhunderte, barfuß, zerfetzt, aber in Waffen, den Freiheitstrotz im Herzen und den Freiheitsang auf den Lippen...«

So tritt die Hymne ihren Siegeslauf an, reißt die Sansculotten zum Sturm gegen die Tyrannen mit sich fort und über die Schlachtfelder Europas hinweg. Das napoleonische Kaiserreich möchte gern von dem jakobinischen Kampfliede los, das Ringen des Volkes um sein Lied beginnt, im Auf und Nieder von Revolution und Konterrevolution wird sie bald offiziell geehrt, bald verfehmt. Bald muß sie heimlich gesungen werden, lebt in den Vorstädten, in den Studentencafés, bald erhebt sie ihre Schwingen und fliegt dem Volke voran: in der Julirevolution, 1848 gegen Louis Philipp, einige Jahre später gegen den Staatsstreich des dritten Napoleon, 1871 als Kampflied der Kommune. Immer wieder genehmigen die Machthaber den Sang, wenn sie in Not sind — Napoleon I. vor Waterloo, Na-

poleon III. im Kriege gegen die Preussens — um es immer wieder zu verraten.

Nach der Niederlage von 1870/71 geht der Kampf um die Nationalhymne weiter. Der Ludergeruch des Revolutionären haftet ihr an, die Bürger suchen sie abzuwürgen, aber das trotzig Lied setzt sich durch, muß von der Kammer der Republik zur Nationalhymne erklärt werden, ist längst zum »Hoffnungslied der zivilisierten Menschheit« geworden, in alle Sprachen übersetzt und umgedichtet. In Rußland, in Deutschland, in Polen und Ungarn wird es in den revolutionären Gärungen des vorigen Jahrhunderts gesungen, es lebt auf allen Schlachtfeldern der Freiheit. Am Ende des Jahrhunderts gesellt sich ein anderer revolutionärer Sang dazu, neuen Zeiten, neuen Forderungen entsprungen: die Internationale. Die Geschichte zweier Jahrhunderte heftet sich an die Schwingen beider Lieder.

Den Weg der Marseillaise zu schreiben, waren nur wenige so berufen wie der Lothringer Hermann Wendel, aufgewachsen an der Grenze zweier Völker. Mit der Gewissenhaftigkeit des echten Historikers weiß er die Linie zwischen Geschichte und Legende zu finden, mit der Sprache des Dichters gestaltet er jenes bunte, bewegte Leben, das um dieses Lied kreist, zeichnet er die Tragikomödie Rouget de Lisle, der mit dem Liede bald oben, bald unten war, sich in allem beträchtlich kleiner erwies als seine Schöpfung und an Barbusses Wort denken läßt: Das Werk ist immer größer als der Schöpfer.

Hermann Wendel hat dieses feurige Buch, mitreißend und stürmisch wie die Hymne, in den Vorwehen seiner Krankheit begonnen,

hat es vollendet mit zusammengebissenen Zähnen. Als er den Schlußpunkt setzte und die Feder aus der Hand legte, warf ihn die tödliche Krankheit auf das Lager, von dem er sich nicht wieder erhob.

Der Gedichtband »Rosen und Schwerte«, lebensstrunkene Lyrik eines achtzehnjährigen Stürmers, war sein erstes Buch, dieses Denkmal eines Freiheitsliedes der europäischen Menschheit wurde sein letztes. Zwischen beiden liegt sein Leben. R. G.

Die Straße

Dichter behaupten, daß auch Straßen träumen. Wenn ja, dann träumte die Lindenstraße vielleicht von einer ruhigen Zukunft, von kleinen Villen, die auf den noch kahlen Baustellen hätten erstehen können und von den ungeheuren breitflügeligen Schöpfen, die sich die Linden längs des Trottoirs im Laufe der Jahrzehnte zulegen würden. Auf keinen Fall aber konnte die Lindenstraße von Weltgeschichte träumen — und sei es auch nur kleine und lächerliche. Der Name der Straße verriet lediglich idyllische Bestimmung, wie der Vorort, den ihre Linden im Sommer mit schwerem süßem Duft versorgten. Manchmal trappeten Trupps mit schweren Stiefeln und Fahnen über ihr Pflaster, aber das waren rasch vorübergehende Episoden.

Dann kam jener Frühlingstag, da ihr altes Schild heruntergenommen wurde. Dreißig Jahre hing es dort, dreißig stille Jahre. Es war der langen Straße, als würde ihr eine alte ehrliche Kokarde vom Leibe gerissen. An den Ecken prangten neue Schilder: Hermann-Esser-Straße. Auf einigen

Baustellen aber begann emsiges Treiben, neue Villen erstanden, in denen braune und schwarze Uniformen aus- und eingingen. Dieselben Leute, die früher einmal klein und miekrig über das Pflaster der Lindenstraße hinter Fahnen einherstapften, saßen jetzt in den neuen Villen, prasselten in Autos zwischen den Baumreihen dahin.

Eine Straße kann sich an vieles gewöhnen, aber mehrfacher Namenwechsel bekommt ihr nicht, weil die Briefträger ihrer zu oft fluchen müssen. Es war kaum ein halbes Jahr vergangen, als das Namensschild abermals herabgeholt wurde. Das neue hieß Ernst-Röhm-Straße. Die Briefträger und ihre Klienten hatten sich noch nicht richtig an die neue Firma gewöhnt, da wurde das Schild abermals herabgeholt, ein neues kam hinauf und lautete: Hans-Kube-Straße. Einige Briefschreiber, die sich die Röhm-Straße nicht abgewöhnen konnten, gerieten in Verdacht und wurden verwahrt.

Ja, über die Gedanken der ehemaligen Lindenstraße ist da nicht mehr viel zu berichten, weil man von ihnen zu wenig weiß und sich auf die Aussagen der Dichterei auch in diesem Punkte nicht recht verlassen kann. Aber es war der Straße bestimmt kein Trost, daß dort, wo sie begann, eine braune Villa stand, die erst Gregor-Strasser-Haus, dann SA-Heim, dann wiederum Gregor-Strasser-Haus hieß und nun ebenfalls den Namen Kubes trug. Mit solchen Häusern ist das einfacher als mit Straßen, die von den Briefschreibern dauernd verboten tituliert werden. Und schließlich fragen sich die Leute auch, was das für eine Straße ist, die sich fortgesetzt ihres Namens schä-

Das komfortable Ghetto

Hinkel, der arische Torhüter

In den Tagen des »Umbruchs« wurde zur Wahrung der nationalsozialistischen Kulturbelange ein gewisser Hans Hinkel bestimmt. Bis dahin kannte ihn keiner, nun aber entriß er das deutsche Theater den jüdisch-liberalistischen Krallen so vehement, daß die deutschen Schriftsteller und Schauspieler bei jedem Krähen dieses Hinkel bis ins innerste erzitterten. Auf einmal war Hinkel wieder in tiefer Versenkung verschwunden: ein Opfer der Rivalität zwischen Göring und Göbbels, die Günstlinge erheben und wieder fallen lassen, je nachdem sie »richtig« liegen oder zur schwächeren Partei gehören.

Hinkel gelang es schließlich, auf einem Nebengeleis unterzukommen — auf einem Posten freilich, auf den sich ein kerndeutscher Mann nur durch straffe Haltung vor dem Ludergeruch des Kulturbolschewismus beschützen kann. Er wurde Sonderbeauftragter von Göbbels zur Überwachung der jüdischen Kulturorganisationen.

Ein Aufsatz des Herrn Hinkel in der braunen Presse über den von ihm betreuten »Jüdischen Kulturbund« gibt darüber erschöpfende Auskunft. Was wollen die Juden in Deutschland eigentlich noch mehr? Warum die ausländische Hetze? Allein in Berlin seien, so schreibt er, Zehntausende von Juden als Publikum mit Hunderten von jüdischen Künstlern »zusammengebracht« worden, um sich mit der Pflege des eigenen Geistesgutes und der jüdischen Kunstproduktion zu »begnügen«.

Hinkel zählt folgende jüdische Schriftsteller und Künstler auf, die durch sein duldsames Entgegenkommen auf diese Weise Brot und Beschäftigung gefunden hätten:

Rosa Valetti, Paul Grätz, Grünbaum, Rosenstock, Taube, Zander, Kuthan, Feher, Urias, Fritzl Jocki, Julius Bab, Max Osborn, Selberg, Eloesser, Anneliese Landau, Lion, Klein-Weißmann, Lenart, Anselm, Petruschka, Della Lipinskaja, Josef Schmidt, Ben Spanier, Kurt Pinthus, Dr. Fritz Jeßner jun., Siegfried Brodnitz, Lisbeth Cassirer, Heinz Condell usw.

Man wird zugeben müssen, daß in der Aussonderung vieler dieser Männer und Frauen ein tiefer Sinn steckt. Sie haben einmal, mit dem deutschen Kulturkreis verbunden, der deutschen Kunst gedient, als sie diesen Namen noch verdiente. Sie hatten bereits ihre Existenzgrundlage verloren, als die braunen Eroberer die Kunst zu ihrem Werkzeug machten und in den Staub traten. Hinkel gibt diesen Tatbestand indirekt zu, indem er schreibt, daß mit der Beschränkung der jüdischen Künstler auf den spezifisch jüdischen Kulturkreis erst die »Voraussetzungen« zu einer deutschen Kulturpolitik geschaffen worden seien — jener Kulturpolitik, in der die geistige Freiheit, das schöpferische Element der Kunst, zur mißachteten Kontrollgröße erniedrigt wurde. Ohne die geringste Spur von Selbstironie

präsentiert sich Hinkel als wahrer Wohltäter der deutschen Juden:

»Selbstverständlich ist auch das gesamte technische Personal, vom Beleuchtungsmeister über den Inspizienten und Fundusverwalter bis zu den Logenschließern und Garderobieren, rein jüdisch. Juden arbeiten für Juden! — Unter dieser Parole habe ich im Sommer 1933 diese jüdische Kulturorganisation zugelassen und Sorge seit dieser Zeit dafür, daß diese inzwischen über das ganze Reichsgebiet ausgedehnte jüdische Kulturbewegung entsprechend unsern gegebenen Richtlinien ihre Zwecke erfüllt.«

Er hat also »zugelassen«. Es gibt Juden, auch das gehört zu diesem Bilde, die ihm und seinem Auftraggeber Göbbels dafür offiziell Dankbarkeit beteuern, daß sie wenigstens noch in ihrem Ghetto atmen, denken und vegetieren dürfen. Dr. Kurt Singer, der verantwortliche Leiter der jüdischen Kulturorganisationen, schreibt darüber im neuesten Almanach des Jüdischen Kulturbundes ein »ehrliches Manneswort«, das Hinkel freudig zitiert. Singer erklärt, daß die entscheidende ministerielle Instanz diese Arbeit zwar »autoritativ«, aber mit »vollendeter Loyalität verfolgt, stützt und schützt — natürlich unter strengster Beachtung der Vorschriften«. Hinkel bedankt sich seinerseits für diesen Dank und stellt ohne Scham fest, daß also die »betroffenen« Juden seine Maßregeln keineswegs als »barbarisch« bezeichneten. Das ist das Handgeld,

das die deutschen Juden ihrem kulturellen Schirmherrn bezahlen müssen — nicht ohne Vorbilder in der Ghettogeschichte.

Neu ist nur, daß die arischen Kulturhüter des Dritten Reiches die deutschen Juden heute noch jüdischer, noch rassenbewußter, noch abgeschlossener haben wollen, als sie es unter hartem Zwange ohnehin schon sind. Die Zionisten, die ganz extrem die Herausbildung einer spezifisch jüdischen Geisteshaltung verlangen, genießen die besondere braune Protektion. Sie werden amtlich gestützt und geschützt gegen jene Juden, die noch mit deutschem Kulturgepäck belastet sind und sich nicht ohne weiteres aus dem Tempel des deutschen Geistes mit den großen Erlebnissen, die sie ihm aus besseren Tagen verdanken, vertreiben lassen wollen.

Freilich, die Zahl derjenigen, die sich gegen Gitter und Ghetto innerlich noch wehren, wird kleiner und kleiner. Es gibt vielleicht einen Trost für sie. Ein Blick in die Nürnberger Kulturrede, auf die Kunstbeschützer Göbbels, Göring, Rosenberg und Hinkel, auf das um sie scharwenzelnde Renegaten- und Parasitengeschmeiß — damit werden diese Juden solidarische Schicksalsgefährten unzähliger untadelhafter Arier, die genau wie sie im gelisteten, wenn auch reinrassigen Ghetto zu leben genötigt sind.

Harald.

Aberglauben und Heuchelei

Ein Kapitel aus dem Rasse- und Redtssumpf des Dritten Reiches

Die Rasse-Koryphäen des Dritten Reiches haben dauernd damit zu tun, die unerwünschten Bestandteile des Rassenaberglaubens zu bekämpfen. Bald kommt eine gesunde Frau daher und will durchaus sterilisiert werden, weil sie sich »ostisch überlagert« fühlt, bald will sich ein Unglücklicher das Leben nehmen, weil er durch eine Jahre zurückliegende Bluttransfusion »mit jüdischem Blute verseucht« sei, ein andermal wieder weigert sich eine geschiedene und wieder verheiratete Frau standhaft, Kinder zu haben, weil sie ja doch die »Rassenmerkmale« ihres ersten — jüdischen Mannes tragen würden. Und so geht das weiter in munterer Konfusion. Unlängst machte sich die »Rassenpolitische Auslands-Korrespondenz« zum Sprachrohr des Professors Dr. Loeffler, Direktor des Rassenbiologischen Institutes in Königsberg. In dem Aufsatz hieß es:

»Besonders wendet sich Prof. Loeffler gegen den in jüngerer Zeit wieder aufgekauften Aberglauben von der Telegonie (Fernzeugung) oder Imprägnation (Durchtränkung). Dieser Aberglaube behaupte u. a., daß eine

Nichtjüdin, die einmal mit einem Juden Geschlechtsverkehr hatte, auch von einem nichtjüdischen Vater nur noch Kinder mit jüdischem Einschlag zur Welt bringen könne... Der exakten wissenschaftlichen Nachprüfung halten aber diese Behauptungen nicht stand. Die Frage der Telegonie sei vielmehr rein wissenschaftlich genügend geklärt und ihre Ablehnung vom wissenschaftlichen Standpunkt hinreichend begründet.«

Begründungen »vom wissenschaftlichen Standpunkt aus« werden im Dritten Reich — genau wie etwa die geschriebenen Gesetze — nur soweit anerkannt, als dies »im Willen des Führers liegt«. Ginge man weiter, so müßte der ganze Traum vom nordischen Deutschtum sehr bald dahinschmelzen. Aber das Volk unterscheidet nicht so fein zwischen erlaubtem und unerlaubtem Aberglauben, und der »Telegonie«-Unsinn erhält sich hartnäckig weiter. Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« berichtet z. B. in ihrer Nummer 474 folgendes:

»Das Reichsgericht hatte einen Abtreibungsfall nachzuprüfen, bei dem die schuldige Frau übergewaltigen Notstand für sich beanspruchte hatte, weil das zu erwartende Kind ein Mischling

geworden wäre. Die Angeklagte war der Meinung gewesen, sie könne kein arisches Kind mehr gebären und müsse aus diesem Grund Abtreibungshandlungen bei sich vornehmen lassen. Das Reichsgericht stellte dazu fest (I D 406/36), daß das Gesetz die Abtreibung unabhängig davon bestraft, welcher Abstammung das zu erwartende Kind sei. Daraus ergebe sich, daß das Gesetz das Bestreben, keinen Mischling entstehen zu lassen, nicht als Rechtfertigungsgrund für die Abtreibung anerkenne. Für den vorliegenden Einzelfall stellt das Reichsgericht aber fest, daß die Angesuldigte von ihrem Standpunkt aus zu der Meinung kommen konnte, daß unter den vorliegenden Umständen die Abtreibung, wenn überhaupt, so doch nicht schwer bestraft würde. Da hier die Möglichkeit eines Denkfehlers bestehe, müsse die Sache zu neuer Straffestsetzung zurückverwiesen werden.«

Das Reichsgericht läßt also »Denkfehler« immerhin als mildernden Umstand gelten. Mit Recht, denn verantwortlich sind für diese Denkfehler nicht die Fehldenkernden selbst, sondern jene, die das ganze deutsche Volk bewußt und berechnend zur Empfänglichkeit für allerlei Aberglauben erziehen.

Uns beschäftigt aber noch eine andere Frage, an der das Reichsgericht sich vorbeigedrückt hat. In dem Urteil heißt es,

»daß das Gesetz die Abtreibung unabhängig davon bestraft, welcher Abstammung das zu erwartende Kind sei.«

Hier hält man sich also zur Abwechslung wieder einmal an das geschriebene Recht und offensichtlich nicht an den »Willen des Führers«. Die Nationalsozialisten haben ja den Unterschied zwischen »erwünschtem« und »unerwünschtem« Nachwuchs erfunden. Vor Hitler dachte kein Mensch daran, irgendeinem Kind in der Wiege brutal den Stempel »unerwünscht« einzubrennen. Unerwünscht sind jüdische Kinder, unerwünscht sind Mischlinge. Beide sind von dem, was die Nationalsozialisten »Volksgemeinschaft« nennen, ausgeschlossen, beide sind Menschen minderen Rechts und bleiben es, solange Hitler bleibt. Dennoch will man die Frauen mit Hilfe des Abtreibungsparagraphen zwingen, »unerwünschtem« das Leben zu geben — ein Leben mit sehr geringer Glückchance. Mit welchem Recht?

Wir hören im Geiste den Herrn Reichsgerichtsrat wohlwollend dozieren: »Der Paragraph 218 gründet sich auf die Heiligkeit des Lebens, ganz gleich, wie es geartet sei! Wir antworten darauf: »Legen Sie Ihr Amt nieder, Herr Reichsgerichtsrat! Wenn Ihnen Leben wirklich heilig ist, wenn Ihnen jedes Leben heilig ist, dann dürfen Sie im Dritten Reich nicht länger Richter sein. Entweder »heilig« — dann treten Sie bitte ab — oder teilweise »unerwünscht« — dann sorgen Sie dafür, daß der § 218 auf jüdische Mütter und Mischlingsmütter nicht angewendet werde! Nur in diesem einen Punkte, nur im Abtreibungsfalle die Gleichheit vor dem Gesetz bestehen zu lassen, ist schändliche, böartige, feige Heuchelei.«

men muß. Darum sei gar nicht geschildert, was die ehemalige Lindenstraße empfand, als eines Tages der Name Kube nur noch geflüstert werden durfte. Gehen wir lieber kurz zu dem SA-Gruppenführer über, der in der nobelsten Villa der Linden-Esser-Röhm-Kube-Straße wohnte und den neuen, den fünften Namen vorschlagen sollte. Leicht gesagt unter einem Regime, das alles für die Ewigkeit ordnete. Tausend Jahre sollte der Name halten, und nun waren in kaum drei Jahren schon drei konsumiert.

Er ging alle Bonzennamen durch, aber wer kann wissen, was im Tausendjährigen Reich morgen noch gilt? Kube hatte gestohlen — wer stahl nicht? Röhm war von der anderen Clique eriedigt worden, wer wurde morgen von der Gegenclique zur Strecke gebracht? Wie wär's mit einem Manne der Literatur? Aber auch da stand, außer den Honoraren der Leibbarden, nichts fest. Einst hätte man die Straße beinahe auf Ernst Jünger getauft — und wie schnell mußte der plötzlich verduften! Johst? Dem konnte einmal schnell etwas passieren — wegen seiner defätistischen Vergangenheit. Blunk? Auch gegen den stänkerten die Jungen. Ewers? Längst passé. Dwinger? Einmal war man schon nahe an der Dwingersstraße gewesen, da stellte sich heraus, daß der Mann früher die Juden gelobt hatte. Wie wär's mit dem kleinen Lokaldichter B.? Aber der Mann hatte fünf Kinder, lebte halb und halb aus der Parteikasse und wusch sich die Hände gelegentlich in der Winterhilfe. Die ganz Großen, denen nichts passieren kann, klebten schon an den Straßen und Plätzen. Man mußte haushalten, der Na-

mensverbrauch war angesichts der Unbeständigkeit alles Irdischen zu groß. Wie also wär's nochmal mit Essern? Der war doch seit Monaten wieder mal frei! Man sollte die alten Schilder immer und für alle Fälle aufbewahren.

Und so lasen denn die Briefträger ein paar Tage später den neuen Namen: Hermann-Esser-Straße. Die Anwohner jedoch getrauen sich bis auf weiteres nicht mehr, ihre Briefköpfe mit der Adresse bedrucken zu lassen. B. Br.

Tohuwabohu

Aller Betrug rächt sich, wenn manchmal auch etwas langsam. In der braunen Zeitschrift »Wille und Macht« muß zugegeben werden, daß »raffinierte Gegner« und andere »Ideologen« sich der nebulösen Worte des Führers nach Belieben bedienen. Zum Beispiel: Der Führer spricht »vom Adel der Arbeit«, und schon baut einer »seine marxistische Einstellung darauf auf...« Der Führer spricht von der Privatinitiative der Wirtschaft — und schon kommen die Ideologen und beweisen ihre liberale Ansicht über Kapital und Kapitalbesitzer und deren Notwendigkeit mit der Privatinitiative... Wie kommen sie auch dazu, in der braunen Phraseologie Logik zu suchen? Alles wird mißbraucht, links wie rechts, selbst im eigenen Lager:

»Der Führer spricht von Walhall, und die Original-Urgermanen beweisen, daß in Deutschland wieder überall altgermanische Thinghäuser usw. gebaut werden müssen, in denen das Volk den Geist von Walhall in Form von schlechten Ausdünstungen genießen soll, weil es nicht natur-

getreu ist, wenn etwa diese Volkshallen sich hoch und heil über die Erde erheben, anstatt wie früher ohne Ventilation — den damaligen Bauweisen entsprechend, mit tränendem Kaminrauch und Kienspan — errichtet zu sein.«

Der Führer spricht vom Sinn der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung — und schon kommen »raffinierte Menschen«, stützen sich auf die schwürdige liberalistische Lehre von Angebot und Nachfrage und behaupten, daß durch Arbeitsbeschaffung die Arbeitskraft knapp würde und höhere Löhne ausgeschüttet werden müßten. Kurz, Marxismus und Walhall spuken durcheinander.

»Der Führer sagt: Das Dritte Reich wird ein Bauernreich sein, oder es wird vergehen wie die Reiche der Hohenstaufen und Hohenzollern, und schon kommen die Interpreten und sagen, das deutsche Volk wird ein Bauernvolk sein, oder es wird vergehen, und dann erscheinen die Phantasten und drehen diesen Satz nochmals um und sagen: »Das deutsche Volk wird ein Volk von Bauern sein, oder es wird vergehen.« Jetzt ist die Ideologie fertig. Wer also nicht Bauer ist, ist eigentlich ein halber Mensch...«

Ja, es kommt soweit, daß der »vergangene Leiter eines studentischen Verbandes Band und Mütze mit handwerklichem »Brauchtum« gleichstellt, um seine Erhaltung und Verewigung durchzusetzen. Oder aber Damen erscheinen nachmittags in Brauchtumstracht, um abends in großer Robe der Mode auf den neuesten Gebieten ihren Tribut zu zollen.«

Dies Durcheinander muß aufhören, wenn es auch schwer ist, zu sagen, wann das Brauchtum gilt und wann die Mode.

»Hüten wir uns, irgendeinen Stand aus

dem Volke herauszugreifen und ihn mit einer schwärmerischen Romantik zu umgeben. Weder dem Volke noch seiner ehrwürdigen Ueberlieferung leistet man dadurch Vorschub, daß man als hypermoderner Konservator versucht, eine hinter uns liegende Welt, auf die wir stolz sind, herauszugraben, um sie neufrisirt wieder vorzuführen.«

Die betörte Anhängerschaft jedoch ist gerade durch die Führerreden zu dem Glauben verführt worden, daß das »gute Alte« wiederkommen solle. Sie möchte gern wissen, wie nun eigentlich das Neue aussehen soll, wartet vergeblich auf Klarheit und steht vor einem Ragout brauner Führerphrasen, die nicht gelten und nicht zitiert werden sollen.

Auf dem Grunde dieses jämmerlichen Tohuwabohus aber spiegeln sich jene alten sozialen Gegensätze, die die Ober- und Unterführer und ihre Presse vergeblich hinwegzuschwätzen versuchen. Jeder Betrug hat seine Grenzen.

»Verlogener Kitsch«

Die gauamtliche »Bayerische Ostmark« klagt darüber, daß es in Bayreuth »noch immer verlogenen Kitsch zu kaufen gebe«, z. B. »den Nothung als Brieföffner, den Parsifal-Speer als Schlipfnadel, Graiskelche, elektrisch beleuchtet, als Brosche, »echte« Graiskirtelgewänder, Lohengrins Abschied handgestickt und ähnliches.«

Warum eigentlich nicht? Es gibt ja auch in ganz Deutschland Zeitungen wie den »Völkischen Beobachter«, den »Stürmer« und die »Bayerische Ostmark« zu kaufen.

Lohn- und Preisalarm

Eine Nazidiskussion der Hilfslosigkeit

Die Nürnberger Hurrastimmung ist diesmal rasch verfliegen, was geblieben ist, ist eine intensive Diskussion der Lohnfrage. Hitlers Erklärung »Lohn-erhöhung ohne Produktionssteigerung ist ein Selbstbetrug« läßt die Belegschaften nicht zur Ruhe kommen. Die deutschen Arbeiter wissen, daß eine gewaltige Produktionssteigerung nachgewiesen werden kann, sie wissen aber auch, daß alle Leistung nur der Kriegswirtschaft dient und weder Bomber noch Maschinengewehre geeignet sind, den breiten Massen das fehlende Fleisch und Fett zu ersetzen. Das Verbot von Lohn-erhöhungen erzeugt wachsenden Unwillen, denn der »gerechte Lohn«, der im Mai 1935 angekündigt worden war, müßte mindestens bei gesteigerter Leistung jedes Arbeiters auch eine Erhöhung des Stundenlohnes bringen. In den Diskussionen der Betriebsarbeiter vermissen die »Gefolgschaftsleute«, daß beim »gerechten Lohn« mit keiner Silbe an eine gerechtere Verteilung des Wirtschaftsertrags gedacht wird. Es wäre nach Meinung dieser debattierenden Arbeiter durchaus kein »Selbstbetrug«, die Dividende einer Munitionsfabrik von 10 auf 5% herabzusetzen und damit heute schon die notwendige Lohnerhöhung zu ermöglichen.

Alle Ablenkungsmanöver konnten diesmal nicht verhindern, daß die Nürnberger Provokation die Frage der Löhne und der Lebenshaltung aufgerollt hat. Die sozialistisch geschulten Facharbeiter sind als Kerntruppe der deutschen Arbeiterklasse in die Erscheinung getreten. Die Methode der Gewalt versagt, denn im Dritten Reich haben die gelehrten Facharbeiter infolge der beruflichen Vernachlässigung der arbeitenden Jugend einen Seltenheitswert bekommen.

Das Selbstbewußtsein der qualifizierten Arbeiterschaft ist wieder erwacht. Die Presse der Arbeitsfront und die Wirtschaftsorgane können nicht länger schweigen, sondern müssen sich mit den Lohnforderungen der Facharbeiter auseinandersetzen. Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz berichtet vom Mangel an Facharbeitern in der Metall- und Maschinenindustrie und im Baugewerbe.

»Angesichts des Facharbeitermangels erscheint es nicht mehr als billig, daß der Staat den leistungsfähigen Betrieben ein Mindestmaß an Verpflichtungen zur Lehrlingshaltung auferlegt.«

Die DAK schreibt, daß eine dauernde Hilfe nur durch eine planmäßige Ausbildung von Lehrlingen geschaffen werden könne. Aber die Kriegspolitik drängt, das Dritte Reich kann nicht mehr warten, bis neue Lehrlinge ausgebildet sind. So muß heute schon wohl oder übel zur Lohnfrage der erwachsenen Facharbeiter Stellung genommen werden. Das »Arbeitertum« vom 15. Oktober erinnert:

»Als im Jahre 1933 die Stützen des damaligen Tarifvertragssystems zerschlagen wurden, hörte man besonders von Betriebsführerseite das Wort von der sog. Anflöckerung der Tarife.«

Damals hätten die Nazis prophezeit:

»Es wird einmal die Zeit kommen, wo die Unternehmer nach Tarifen schreiben werden. Die Entwicklung hat Dr. Ley recht gegeben. Von verschiedenen Seiten wird heute eine Lohngrenze nach oben gefordert . . . der zweite Vorschlag bedeutet praktisch die Aufhebung der Freizügigkeit.«

So bestätigt das Hauptorgan der Arbeitsfront selbst den Verrat, den sie an den Lohnarbeitern begangen hat. Dann stellt das »Arbeitertum« Betrachtungen darüber an, warum heute die Facharbeiter den Arbeitsplatz häufig wechseln.

»Generell anzunehmen, es seien nur materielle Vorteile, die in einem anderen Betriebe geboten werden, ist falsch. Vielmehr spielt hier stark die Frage eine Rolle, ob es dem Betriebsführer gelungen ist, die Betriebsgemeinschaft herzustellen . . .«

Als wenn es in Deutschland auch nur einen denkenden Arbeiter gäbe, der sich überhaupt mit der Lüge von der »Betriebsgemeinschaft« befaßt. Die Facharbeiter haben diesem Spuk ein Ende gemacht und die Lohnfrage auf die Tagesordnung gesetzt.

Es ist interessant zu hören, wie sich die Wirtschaftsorgane Schachts und die der »alten Kämpfer« mit der Lohnbewegung der Facharbeiter auseinandersetzen.

Der »Deutsche Volkswirt« sieht in den

höheren Facharbeiterlöhnen eine Gefahr insofern,

»als es nicht im Interesse des Staates, der selbst der größte Auftraggeber ist, liegen könne, die Preise über das gerechtfertigte Maß hinaussteigen zu lassen . . . Außerdem werde die Anziehungskraft solcher Löhne magnetisch sein.«

Die Stabilisierung der Löhne wird im ganzen mit konjunkturpolitischen Gründen begründet, wie sie auch im guten alten liberalistischen Kapitalismus geläufig waren.

Gegen den »Deutschen Volkswirt« ging dann der »Wirtschaftspolitische Dienst der NS-Partei-Korrespondenz« ins Zeug. Mit aller Schärfe bekämpft er die Auffassung, daß gegen Lohnerhöhungen konjunkturpolitische Gründe anzuführen seien. Das Recht auf Arbeit, das niemals von einer wirtschaftlichen Lage abhängig sei, schließe das Recht auf Erhöhung der Lebenshaltung in sich. Wenn dieses sittliche Recht zur Zeit noch nicht verwirklicht werden könne, dann nicht, weil dem irgendeine »Konjunktur« entgegenstehe, sondern nur deshalb, weil es noch vor einem höheren Recht der Selbsterhaltung des Volkes der politischen Freiheit und der Sicherung der Rohstofffreiheit zurückstehen müßte.

Die richtigen Parteinäzis möchten den Arbeitern vortäuschen, daß der Lohndruck nicht den Kapitalisten zugute kommt, sondern ein nationales Opfer darstellt. Selbstverständlich lehnt auch der Wirtschaftspolitische Dienst die höheren Facharbeiterlöhne ab. Noch größer ist die sozialdemagogische Leistung des Herrn Nonnenbruch im »Völk. Beobachter«. Er lehnt die höheren Facharbeiterlöhne ab, weil sie nicht einer Mehrleistung entsprächen und daher nicht als Leistungslohne, sondern als Konjunkturlohne anzusehen wären. Die Unternehmer können an der Rüstungskonjunktur unbegrenzte Profite machen, für die Arbeiter gilt dagegen der nationale Leistungslohn.

Bernhard Köhler wiederum erklärte in Nürnberg, daß es völlig falsch sei, in der Lockerung der Tarife und in der Bezahlung höherer Facharbeiterlöhne eine volkswirtschaftliche Gefahr zu erblicken. Nicht in den gestiegenen Löhnen sei eine Gefahr, sondern in der Abwälzung der Lohnkontos auf die Preise. Der Leiter des Sozialamtes der DAF, Franz Mende, stellte um die gleiche Zeit in Crössinsee fest, daß es nicht am Facharbeitermangel liege, wenn die Löhne teilweise »untragbar« in die Höhe gegangen seien. Diese Löhne wären die praktische Folge des Begriffes der Achtung und Wertung der Arbeit. An dem Grundsatz, daß die Tarife lediglich Mindestsätze seien,

würde unbedingt festgehalten, da man dem Arbeiter nicht die Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes nehmen dürfe.

So krümmt und wurmt sich die Deutsche Arbeitsfront und die Lohnfrage durch. Die einen lehnen den »gerechten Lohn« mit den rein kapitalistischen Profitargumenten ab, die anderen treiben die Sozialdemagogie auf die Spitze und lassen zur höheren »Achtung und Wertung der Arbeit« ihre Gefolgschaften hungern.

Alle aber beschwindeln die Arbeiter über die angebliche »Festhaltung des Preisniveaus«. So erdreltet sich die »Soziale Praxis«, deren Schriftleiter neuerdings der gleichgeschaltete Herr Dr. Sitzler geworden ist:

»Das deutsche Preisniveau ist im ganzen zur Zeit als stabil zu bezeichnen, wenn auch nach dem Lebenshaltungsindex gegenüber dem Vorjahr eine kleine Steigerung festzustellen ist.«

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz v. 10. Oktober nennt es »Preisalarm«, wenn sie berichten muß:

»Man braucht nur auf die Störungen hinzuweisen, die in der letzten Zeit von der Preisseite her sehr fühlbar sind. Bisher konnte allerdings das Gesamtpreisniveau im großen und ganzen gehalten werden, aber in jüngster Zeit sind eine ganze Anzahl Preiserhöhungen festzustellen, die einmal ganz deutlich ausgedrückt, nichts anderes sind, als ein Angriff auf das stabile Verhältnis von Lohn und Preis.«

Die bekannte weiße Salbe vom Preisüberwachungskommissar wird erneut empfohlen und die DAK meint, daß neben der Preisstabilität auch Preissenkungen in der Lebenshaltung nicht ausgeschlossen sein dürften. Mit Bernhard Köhler schließt die »Soziale Praxis« ihre tiefgründigen Betrachtungen in der Zielsetzung: stabile Löhne, Senkung der Preise und vermehrte Erzeugung von Verbrauchsgütern. Das heiße: »Beseitigung der Armut des deutschen Volkes.«

Diese Ankündigung einer Verbrauchswirtschaft ist angesichts der Kriegsrohstoffautarkie im neuen Vierjahresplan ein aufgelegter Schwindel, dem die deutschen Facharbeiter mit dem Mittel der Selbsthilfe begegnen. Daran möchte sie die Deutsche Arbeitsfront hindern, indem ihnen die Freizügigkeit genommen werden soll. So schreibt die DAK vom 11. Oktober:

»Der Facharbeiter hat kein Recht, für sich eine Bewegungsfreiheit zu fordern, die im nationalsozialistischen Ordnungsgefüge ein liberales Willkürrecht darstellen wird. Es gibt keine Lenkung des Arbeitseinsatzes, ohne eine gewisse Freiheitsbeschränkung.«

Adolf Hitler lenkt, aber der deutsche Arbeiter denkt.

Der Sinn des Nationalsozialismus Zum Angriff auf die Facharbeiter

In Nürnberg hat der Führer sein Gelübde, Lohnerhöhungen nicht zuzulassen, feierlich erneuert. Zu diesem Befehl macht Schachts Organ »Der deutsche Volkswirt« die theoretische Begleitmusik. Er entdeckt im Wechsel der Konjunkturen »der liberalistischen Wirtschaft« einen fehlerhaften Kreislauf, den »zurechtzurück« der Nationalsozialismus sich das Ziel gesteckt hat. Die Konjunkturen »wachsen durch den Glauben und das Gewinnhoffen der Unternehmungen, mit dem sich eine Verstärkung der Kaufkraft bis dahin ganz oder teilweise arbeitsloser Massen verband; sie starben durch Unkostenbelastungen und Preiserhöhungen, mit denen die Kaufkraft nicht Schritt zu halten vermochte, und durch den damit ausgelösten Pessimismus.«

Nach dieser Theorie würde das Gewinnhoffen der Unternehmungen nicht von Pessimismus abgelöst worden sein, wenn nicht in der aufsteigenden Konjunktur die »bis dahin ganz oder teilweise arbeitslosen Massen« mehr verdient hätten als vorher in der Zeit des Konjunkturabstiegs, wenn sie also auf Teilnahme an dem Ertrage der von ihnen selbst erarbeiteten Produktionssteigerung verzichtet hätten. Da nicht anzunehmen ist, daß sie freiwillig auf die Ausnutzung einer zu ihren Gunsten verbesserten Lage des Arbeitsmarktes verzichten würden, mußten sie dazu gezwungen werden. Das ist die Funktion des Nationalsozialismus, und es ist das Geheimnis des »gewaltigen Erfolges« seiner »wirtschaftspolitischen Lenkung«, daß er »dem natürlichen Bestreben nach Lohner-

höhungen« die Erfüllung versagt, weil »durch Lohnerhöhungen«

»nur eine Steigerung der Unkosten eintreten würde, die auf die Preise schlägt und den Lohnempfängern mit der rechten Hand wegnimmt, was mit der linken — nominell — gegeben wird.«

Der nationalsozialistische Staat ist bei weitem der größte Auftraggeber, mittelbar also auch »Arbeitgeber«. Er hätte es in der Hand, zu verhindern, daß die Unternehmer sich für Lohnerhöhungen durch Preiserhöhungen schuldig halten, also die Kosten der Lohnerhöhung zugleich auf den Arbeiter und den Staat abwälzen. Diese liberalistische Schlamperie läßt man aber bei den Unternehmern ihr Unwesen treiben, destomehr die Arbeiter die starke Faust der »wirtschaftspolitischen Lenkung« fühlen. Die Gewinne der Unternehmer werden bei steigender Produktion ohnehin durch bessere Ausnutzung der Betriebsmittel und durch Zunahme des Umsatzes erhöht. Es steigen also die Einnahmen bei gleichzeitiger Senkung der Kosten des Produktionsapparates. Die Ersparnisse auf dem Maschinenkonto machen Ersparnisse auf dem Lohnkonto überflüssig und damit auch die Entschädigung für Lohnerhöhungen durch Preisaufschläge. Der vom Führer anbefohlene Lohndruck soll aber eben ein Mittel sein, nicht nur zur Steigerung der Rüstungsgewinne, sondern gleichzeitig zur Senkung der Rüstungskosten. Es soll verhindert werden, daß die Kosten der Aufrüstung in allzu raschem Tempo anschwel-

len und die staatliche Pumpwirtschaft in die Katastrophe einer Ueberinflation mündet. Aber möglichst nur die Arbeiter sollen Opfer dafür bringen, die Unternehmer möglichst davon verschont werden!

Denn das Unglück will es, »daß nicht in der gesamten Wirtschaft Arbeitermangel herrschte, sondern Facharbeiter ganz bestimmter Art im Baugewerbe und in der Metallindustrie fehlen, also gerade in den beiden Wirtschaftszweigen, in denen »die öffentliche Hand der weitaus größte Auftraggeber« ist. Die Folge ist, daß die Unternehmer in die Gefahr kommen, »die Facharbeiter gegenseitig wegzugieren« zu müssen und »daß starke und gewollte Erhöhungen der Facharbeiterlöhne in der Metallindustrie und im Baugewerbe weithin über die Wirtschaft ausstrahlen.«

»Die Anziehungskraft von Löhnen, die abnormal über das durchschnittliche Lohnniveau schnellen, wird magnetisch sein. Und wenn die Handwerksbetriebe oder Fabriken solchen Facharbeitern, um sie bei sich festzuhalten und nicht an Metallindustrie und Baugewerbe zu verlieren, gleichartige Löhne zubilligen, so können sich innerhalb des einzelnen Betriebes Lohnunterschiede zwischen den Gruppen der Werksangehörigen ergeben, die nicht zum Arbeitsfrieden beitragen.«

Es wäre also das einfachste, wenn der um die Ehre der Arbeit besorgte nationalsozialistische Staat zu dem »Ausweg« sich entschliesse, »gleichartige oder ähnliche Löhne im Interesse des Arbeitsfriedens auch denjenigen Arbeitergruppen zu bewilligen, bei denen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht dazu zwingen würde«. Das geht aber deshalb nicht, »weil das deutsche Preisniveau mit Rücksicht auf die Ausfuhr, die uns die zur Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben benötigten Rohstoffe hereinzubringen hat, nicht in der freien Luft hängt, sondern mit den Weltmarktpreisen irgendwie in Relation stehen muß.« Die Arbeiter haben also auch für die Folgen der Verschleuderung von Devisen für Rüstungszwecke aufzukommen.

Welche Mittel schlägt Schachts Organ vor, um dem »wiederholt vom Führer ausgesprochenen Willen, im Interesse des gesamten deutschen Volkes das Lohnniveau stabil zu halten«, dem Mangel an Facharbeitern zum Trotz Geltung zu verschaffen? Kann man die Zahl der Facharbeiter nicht vermehren, weil hier selbst im Dritten Reich die Ersatzproduktion auf natürliche Grenzen stößt, so muß die Arbeitsgelegenheit vermindert werden. »Das kann dadurch geschehen, daß vernünftige Fristen für die Aufträge gesetzt werden . . . und eine zeitliche Rangfolge der öffentlichen Bauvorhaben zentral festgelegt wird.« Es wird also vorgeschlagen, die Staatsaufträge zu strecken, damit die Sorge der Unternehmer um die Beschaffung von Facharbeitern umschlage in die Sorge der Facharbeiter um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes, damit nicht das System daran gehindert werde, die Kosten der Aufrüstung von den Arbeitern bezahlen zu lassen.

G. A. F.

Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. ZL 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (5.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Ffs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschecoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.